

Finanzreferat

Haushaltsplan der Stadt Nürnberg 2016



Eckdaten und Vorbericht

Eckdaten des städtischen Haushaltes 2016

Haushaltszahlen	Plan 2016	Plan Vorjahr^{*)}	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Ordentliche Erträge	1.797,5 Mio. €	1.637,3 Mio. €	+ 9,8 %
Ordentliche Aufwendungen	1.796,5 Mio. €	1.625,9 Mio. €	+ 10,5 %
Jahresüberschuss (+)/-defizit (-)	- 6,6 Mio. €	2,5 Mio. €	
Steuererträge	856,2 Mio. €	838,1 Mio. €	+ 2,2 %
Schuldentilgung bzw. Nettoneuverschuldung	Nettoneuverschuldung 52,4 Mio. €	Nettoneuverschuldung 9,9 Mio. €	+ 429,3 %
Investitionen brutto (MIP, investive Mittel)	204,7 Mio. €	196,4 Mio. €	+ 4,2 %
davon städtische Mittel	142,9 Mio. €	113,4 Mio. €	+ 26,1 %
Investitionen brutto der jeweils nächsten vier Jahre (2016-2019) (MIP, investive Mittel)	797,1 Mio. €	815,4 Mio. €	- 2,2 %
davon städtische Mittel	505,1 Mio. €	421,4 Mio. €	+ 19,9 %
Kennzahlen			
Aufwandsdeckungsgrad (ordentliche Erträge/ordentliche Aufwendungen)	100,1 %	100,7 %	- 0,6 %
Steuerquote (Steuererträge/ordentliche Erträge)	47,6 %	51,2 %	- 6,9 %
Personalintensität (Personal- und Versorgungsaufwendungen/ ordentliche Aufwendungen)	30,7 %	33,4 %	- 8,1 %
Zinslastquote (Zinsaufwendungen/ordentliche Aufwendungen)	2,0 %	2,5 %	- 17,7 %

^{*)} Inklusive der Nachträge.

Impressum

Herausgeberin:
Stadt Nürnberg
Finanzreferat
Theresienstr. 7
90403 Nürnberg

Fotos: Stadt Nürnberg

Nürnbergers Stadthaushalt 2016 Investitionen erfordern weitere finanzielle Anstrengungen der Stadt

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Mitglieder des ehrenamtlichen Stadtrates,
liebe Leserinnen und Leser,

bei der Einbringung des letztjährigen Haushalts wurde das sogenannte „Szenario 2026“ vorgestellt, das eine Simulation der Nürnberger Haushaltszahlen bis ins Jahr 2026, also dem Ende der nächsten Stadtratsperiode, zum Inhalt hat. Auf Basis der damaligen Zahlenwerte, die auf der mittelfristigen Finanzplanung aufbauen, wurde deutlich, dass der Stadthaushalt in den nächsten Jahren vor enormen Herausforderungen steht. Insbesondere die weitreichenden Investitionen in Infrastruktur und Schulen mit einer Größenordnung von bis zu 3 Mrd. € haben auf der Finanzierungsseite eine Unterdeckung in mittlerer dreistelliger Millionenhöhe im Gesamtzeitraum ergeben. Das Ziel der Simulationsrechnung, dem Stadtrat und der Bürgerschaft die finanziellen Dimensionen der notwendigen Investitionen und deren mögliche Konsequenzen zu verdeutlichen, wurde damit erreicht. Selbst bei einer zufriedenstellenden Konjunktur mit entsprechenden Steuererträgen müssen bei einer umfassenden Realisierung der Projekte Jahre mit hohen Neuverschuldungen hingenommen werden.

Für den aktuellen Haushaltsplanentwurf 2016 können wir nun konstatieren, dass wir bereits mitten im „Szenario 2026“ angekommen sind. Das geplante Defizit beläuft sich auf 6,6 Mio. €. Die deutlich steigende Nettoneuverschuldung von 52,4 Mio. € im Vergleich zu 9,9 Mio. € im Vorjahr spiegelt die gestiegenen Investitionen wider. Bezogen auf die für den Haushalt relevanten städtischen Mittel sind die Investitionsausgaben für das Jahr 2016 um 26,1 % höher als im Vorjahr veranschlagt. Im Vierjahreszeitraum des Mittelfristigen Investitionsplanes beträgt das Wachstum gegenüber der Vorjahresperiode immer noch 19,9 %. Investitionen in Schulen oder die Hafenbrücken seien hier stellvertretend genannt. Dem gegenüber steht nur ein Wachstum bei den Steuererträgen von 2,2 % im Vergleich von 2016 zu 2015. Mit dieser moderaten Erhöhung tragen wir der unsicheren Konjunkturerwartung und den Erfahrungen der letzten Jahre Rechnung.



Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly



Stadtkämmerer
Harald Riedel

Ein Thema hatten wir bei der Vorstellung des letztjährigen Haushalts nur am Rande auf der Agenda: Die Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Auch wenn bislang die primären Kosten weitgehend durch den Freistaat Bayern, mit entsprechender Unterstützung durch den Bund, ersetzt werden, wird uns dieses Thema in der nächsten Zeit sicherlich auch unter dem finanziellen Blickwinkel stark beschäftigen. Auch von der Stadt Nürnberg ist hier ein monetärer Eigenbeitrag gefordert.

Wie also kann die Stadt Nürnberg auf die enormen Herausforderungen der Stadtfinanzen reagieren?

Wir werden, wie in der Vergangenheit schon, unsere Hausaufgaben machen und alle Investitionsprojekte hinsichtlich ihrer zeitlichen Umsetzung, aber auch der Kosten nochmals auf den Prüfstand stellen. Darüber hinaus werden wir abermals ein Sparpaket aufsetzen, um mehr Eigenmittel zu erwirtschaften. Wichtiges Ziel ist, die zusätzliche Verschuldung möglichst gering zu halten.

Nur in dieser Kombination kann es Nürnberg gelingen, die geplanten Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und umzusetzen. Der Haushalt 2016 ist gewissermaßen der Einstieg in diese Aufgabe, die unsere gemeinsamen Anstrengungen erfordert, um erfolgreich zu sein.

Wir danken für Ihr Interesse an den Stadtfinanzen und hoffen, Sie finden viele hilfreiche Informationen bei der Lektüre.

Nürnberg, im Dezember 2015

Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister

Harald Riedel
Stadtkämmerer

B. Allgemeine Daten zu Nürnberg¹⁾

<u>Geographie</u>	Einheit	Werte
Fläche	km ²	186,46
Lage	Grad, Minuten, Sekunden	49°27'20" nördliche Breite 11°04'43" östliche Länge
Höhenlage (über NN, Hauptbahnhof)	m über NN	309
<u>Bevölkerung</u>		
Bevölkerung mit Hauptwohnung (Melderegister)	Anzahl	516.770 ²⁾
Bevölkerungsdichte	Einwohner je km ²	2.771
Haushalte	Anzahl	279.056
Einwohner mit Migrationshintergrund	%	41,9
<u>Arbeitsmarkt</u>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Anzahl	284.529
Arbeitslose im Stadtgebiet	Anzahl	21.125
Arbeitslosenquote	%	7,6 ³⁾
<u>Steuer-Hebesätze</u>		
Gewerbesteuer-Hebesatz (seit 1989 unverändert)	%	447
Grundsteuer A-Hebesatz (für land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz)	%	332
Grundsteuer-B-Hebesatz (für andere Grundstücke)	%	535
<u>Sonstiges</u>		
Zugelassene Kraftfahrzeuge	Anzahl	271.906

¹⁾ Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Nürnberg in Zahlen 2015, Stand März 2015.

²⁾ Zum 31.12.2014.

³⁾ Im Jahresdurchschnitt 2014.

Haushaltsplan der Stadt Nürnberg 2016



Ansprechpartner:

Finanzreferat:
Stadtkämmerer Herr Riedel
Tel.: +49 (0) 911 / 2 31-23 52
ref.ii@stadt.nuernberg.de
www.stadtfinanzen.nuernberg.de

Stadtkämmerei:
Tel.: +49 (0) 911 / 2 31-25 48
stk@stadt.nuernberg.de

Inhalt

Eckdaten zum Haushalt

A.	Vorwort	3
B.	Allgemeine Daten zu Nürnberg	4
C.	Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik	6
D.	Kurzer Rückblick 2014 und aktueller Stand 2015	7
E.	Ergebnishaushalt 2016	10
	E.1 Rücklagen	12
	E.2. Ertragslage	15
F.	Finanzhaushalt 2016	32
G.	Liquidität	34
H.	Anlagevermögen und Investitionen	35
I.	Verbindlichkeiten und Schulden	38
J.	Wirtschaftliche Lage ausgewählter Beteiligungen	44
K.	Zusammenfassung und Ausblick	51

c. Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik

„Nürnberg soll eine Stadt für alle sein - getragen von einer solidarischen Stadtgesellschaft, die urbanes Leben nachhaltig gestaltet.“

Als Ergebnis der Kommunalwahl im März 2014 wurden unter dem Titel „Nürnbergs Zukunft gemeinsam gestalten“ von den beiden größten Stadtratsfraktionen folgende Schwerpunkte für die Stadtratsperiode 2014 bis 2020 benannt:

- Bildung, Betreuung und Schulpolitik
- Soziale Gerechtigkeit und Inklusion/Integration
- Stadtentwicklungsfragen/Stadtgestaltungsfragen
- Verkehrsfragen
- Wohnungsbau und Flächenpolitik
- Das soziale und solidarische Nürnberg
- Senken der Arbeitslosigkeit
- Stadtökologie
- Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung
- Solide Haushaltspolitik
- Ein attraktives Kulturleben
- Anhaltend hohe öffentliche Sicherheit und Sauberkeit

(aus: Präambel: Nürnberg's Zukunft gemeinsam gestalten - Vereinbarung zwischen SPD und CSU für die Stadtratsperiode 2014 - 2020, Juni 2014).

Für das Einzelthema „Haushalt, Finanzen und Investitionen“ wurden im Rahmen der Vereinbarung folgende Punkte festgelegt:

- „Der städtische Haushalt ist seit 2010 positiv. 2012 gelang der Einstieg in eine moderate Schuldentilgung. Beide Kooperationspartner streben eine Fortführung der soliden Haushaltspolitik an. Ziel bleibt ein jeweils ausgeglichener Haushalt und eine Begrenzung der Neuverschuldung und wenn möglich darüber hinaus eine Reduzierung der Verschuldung.“
- Die vom Nürnberger Stadtrat geplanten Investitionen reichen weit über den aktuellen mittelfristigen Investitionsplan und die kommende Stadtratsperiode hinaus. Die Vertragspartner bekennen sich zur Umsetzung der im „Szenario 2026“ (dies ist eine nicht politisch gewichte-

te Liste mit bisher bekannten Objekten. Die Priorisierung erfolgt jährlich in den MIP-Beratungen. Die Liste ist eine Anlage dieses Vertrags) enthaltenen Projekte in den Bereichen Schulneubauten und -sanierungen, der weitere Ausbau von Krippen und Horten, den benannten ÖPNV-, Straßen- und Brückenmaßnahmen sowie den im Bereich der Kultur und Umwelt wichtigen Projekten. Die Finanzierung der bereitzustellenden Eigenmittel soll weitgehend aus dem laufenden Haushalt gewährleistet werden, auch eine Priorisierung oder Streckung der Realisierung ist gegebenenfalls zu prüfen, um eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden.

- Sollten im Rahmen der Abarbeitung der Investitionsliste (Szenario 2026) Finanzierungsprobleme auftauchen, ist eine vorübergehende Nettokreditaufnahme nicht ausgeschlossen.“

D. Rückblick auf das Jahr 2014 und aktueller Stand 2015

Rückblick auf das Jahr 2014

Ergebnisrechnung im Rückblick (in T€)	Ist 2014	Plan 2014	Ist 2013	Δ Ist 2014 zu 2013
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-787.603	-833.002	-810.415	22.812
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-379.511	-379.965	-412.040	32.529
3 + Sonstige Transfererträge	-6.073	-5.473	-4.742	-1.331
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-59.131	-58.608	-56.288	-2.843
5 + Auflösung von Sonderposten	-45.177	-44.841	-43.754	-1.423
6 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-42.445	-38.941	-41.268	-1.178
7 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-181.992	-167.523	-161.967	-20.025
8 + Sonstige ordentliche Erträge	-91.374	-47.299	-79.450	-11.924
9 + Aktivierte Eigenleistungen	-1.089	-7.168	-2.981	1.892
10 +/- Bestandsveränderungen	-59	-580	-373	314
S1 = Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	-1.594.455	-1.583.400	-1.613.278	18.823
11 - Personalaufwendungen	432.656	446.214	447.015	-14.359
12 - Versorgungsaufwendungen	100.867	63.178	94.619	6.248
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	214.118	209.287	210.413	3.706
14 - Planmäßige Abschreibungen	97.761	97.887	94.345	3.415
15 - Transferaufwendungen	692.874	659.527	654.404	38.469
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	70.247	69.351	78.441	-8.194
S2 = Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.608.524	1.545.445	1.579.238	29.285
S3 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (=Saldo S1 und S2)	14.069	-37.955	-34.040	48.109
17 + Finanzerträge	-31.105	-28.556	-31.740	634
18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	46.076	45.754	45.212	864
S4 = Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	14.971	17.198	13.472	1.499
S5 = Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	29.039	-20.757	-20.568	49.608
19 + Außerordentliche Erträge	-5.432	-2.451	-2.061	-3.371
20 - Außerordentliche Aufwendungen	3.377	19	5.643	-2.266
S6 = Außerordentliches Ergebnis (=Saldo Zeilen 19 und 20)	-2.055	-2.432	3.582	-5.637
S7 = Jahresergebnis (= S5 und S6)	26.985	-23.189	-16.986	43.971

Hinweis: Der SAP-Logik folgend, haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

Für den Jahresabschluss 2014 musste erstmals seit 2009 wieder ein negatives Ergebnis berichtet werden: Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 26,98 Mio. €, im Vorjahr konnte noch ein Überschuss von 16,99 Mio. € erwirtschaftet werden. Geplant war für das Jahr 2014 ein Überschuss in Höhe von 23,19 Mio. €. Der Hauptgrund für die negative Plan-/Ist-Abweichung in Höhe

von rund 50 Mio. € ist der deutliche Einbruch bei der Gewerbesteuer: Sie blieb mit einem Ist von 383,6 Mio. € um 51,7 Mio. € unter dem Planwert. Im Vorjahr konnten aus der Gewerbesteuer noch Erträge in Höhe von 423,8 Mio. € realisiert werden - der höchste Wert innerhalb der letzten 10 Jahre.

Insgesamt sind im Jahr 2014 die ordentlichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gesunken, die ordentlichen Aufwendungen hingegen um 1,9 % gestiegen. Der Aufwanddeckungsgrad beträgt damit 99,13 % (Vorjahr: 102,16 %) und liegt nun unter 100 %. Daraus ist ersichtlich, dass die ordentlichen Aufwendungen

knapp nicht mehr vollständig durch ordentliche Erträge gedeckt werden konnten.

Die folgende Tabelle gibt einen kurzen Überblick zu den wesentlichen Einflussfaktoren des Jahresergebnisses 2014:

(in Mio. €)	Ist 2014	Plan 2014	Ist 2013	Δ Ist 2014 zu 2013
Gewerbsteuer	-383,6	-435,4	-423,8	40,2
Einkommensteueranteil	-243,1	-234,4	-228,1	- 15,0
Schlüsselzuweisungen	-153,3	-160,0	-180,6	27,3
Zuweisungen vom Land für die Kinderbetreuung	-35,9	-44,1	-43,3	7,4
Zuschuss an soziale/ähnliche Einrichtungen - Art 1	88,9	94,0	80,6	8,3
Pensionsrückstellungen (Saldo Zuführung/Auflös.)	110,4	90,7	125,2	-14,8
Verlustrückstellungen an städtische Töchter (inklusive Zuführung zu Rückstellungen)	28,1	16,6	35,3	- 7,2
Gewerbsteuerumlage	60,7	67,2	62,0	- 1,3

Während die Gewerbesteuererträge, wie oben berichtet, stark hinter der geplanten Ertragserwartung zurückbleiben, hat sich beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer erneut der positive Trend bestätigt. Er stieg sowohl gegenüber der Planung (+ 8,8 Mio. €) als auch gegenüber dem Vorjahr (+ 15 Mio. €) deutlich an und erreichte einen neuen Höchstwert von 243,1 Mio. €.

Die Schlüsselzuweisungen sind jedoch gegenüber 2013 stark rückläufig (- 27,3 Mio. €). Der Planansatz konnte ebenso um 6,7 Mio. € nicht erreicht werden.

Bei den Zuwendungen vom Land für Sozialtransferleistungen, im Wesentlichen für die Kinderbetreuung, konnten 8,2 Mio. € in 2014 nicht wie geplant realisiert werden. Dies betrifft vor allem die Zuweisungen nach dem BayKiBiG für die Kindertagesstätten freier Träger. Verzögerungen bei der Abrechnung führten dazu, dass ausstehende Beträge in Höhe von rund 8 Mio. € erst nach Ablauf des Berichtsjahres erzielt wurden.

Die Sozialtransferaufwendungen stiegen im Vergleich zu 2013 deutlich an (+ 8,3 Mio. €), was wie in den Vorjahren insbesondere auf den anhaltenden Platzausbau bei Kinderhorten und Kinderkrippen freier Träger zurückzuführen ist. Gegenüber dem Plan ist jedoch ein

Rückgang um 5,1 Mio. € erkennbar. Dies ist durch die o.g. Verzögerung bei der Endabrechnung bei den Zuweisungen vom Land nach dem BayKiBiG begründet, dadurch verschieben sich auch die Aufwendungen teilweise in spätere Jahre.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sind insgesamt um 8,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesunken. Gegenüber der Planung sind sie jedoch um 24,1 Mio. € gestiegen. Dies ist vorwiegend durch die Nettוזuführungen zu Pensionsrückstellungen verursacht worden. Sie fielen in 2014 erneut recht hoch aus, da die Versorgungssteigerung bei den Pensionären um 2,95% ab 01.01.2014 zu berücksichtigen war.

Bei den Verlustrückstellungen an städtische Töchter ist die negative Plan-/Ist-Abweichung von 11,4 Mio. € insbesondere auf die zu bildende Rückstellung für die Verluste des SÖR für die Jahre 2010 bis 2012 zurückzuführen.

Infolge der rückläufigen Gewerbesteuererträge mussten auch geringere Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage getätigt werden als geplant (- 6,5 Mio. €).

Die Verschuldung des Kernhaushaltes aus Investitionskrediten und der Anleihe beträgt zum 31.12.2014 unter Einbezug der PPP-Projekte 1.300 Mio. € (Vorjahr: 1.256 Mio. €). Dies bedeutet einen Anstieg von 44,1 Mio. €, geplant war ein Schuldenabbau in Höhe von 6,7 Mio. €. Wie bereits berichtet, konnte der in den Jahren 2012 und 2013 erreichte Schuldenabbau in 2014 nicht fortgesetzt werden, was insbesondere aus gestiegenen Investitionsbedarfen und dem massiven Ausfall der Gewerbesteuer resultiert.

In der Zusammensetzung des Sachanlagevermögens in der Bilanz haben sich in 2014 wesentliche Änderungen ergeben. Es konnte der zweite Teil der vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geforderten Bestandsüberprüfung und teilweisen Ersatzbewertung der zur Eröffnungsbilanz übernommenen städtischen Grundstücke (vorwiegend Infrastrukturvermögen) abgeschlossen werden. Dies bewirkte eine Stärkung des Eigenkapitals um 229,3 Mio. €. Gegensätzlich wirkte sich jedoch die noch andauernde Bestandsaufnahme und Ersatzbewertung der städtischen Kunstgegenstände aus (ebenfalls eine Prüfungsfeststellung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands): In Summe musste ein Wert von 200,8 Mio. € ausgebucht werden, da er sich als nicht belegbar herausstellte. Im Saldo hat sich dadurch (und durch weitere kleinere Korrekturen) im Basiskapital jedoch keine wesentliche Veränderung ergeben, es beläuft sich auf 655,69 Mio. € (Vorjahr: 650,49 Mio. €). Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 16,0 %.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das negative Jahresergebnis in hohem Maße durch den Einbruch der Gewerbesteuer beeinflusst wurde. Aufgrund des Gewerbesteuerausfalls konnte auch der in den Jahren 2012 und 2013 begonnene Schuldenabbau nicht weiter fortgeführt werden. Stattdessen ist leider eine Nettoneuverschuldung um 44,1 Mio. € zu verzeichnen. Die Stadt Nürnberg steht daher vor der Herausforderung, den Anstieg der Schulden trotz des hohen Investitionsprogramms zumindest abzumildern und in Sachen Jahresergebnis wieder schwarze Zahlen schreiben zu können. Die aktuelle Gewerbesteuerentwicklung stellt dafür zumindest einen Lichtblick dar.

Aktueller Stand 2015

Für den Haushaltsplan 2015 wurde im November 2014 mit einem Jahresüberschuss von 2,5 Mio. € geplant.

Ein wichtiger Indikator dafür, ob das Jahresergebnis eingehalten werden kann, ist die aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuer. Mit Stand Anfang Dezember wird davon ausgegangen, dass der Planwert von 414,2 Mio. € nicht vollständig erreicht werden wird.

E. Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt bildet auf der Grundlage der doppelten Buchführung das Ressourcenaufkommen und den Ressourcenverzehr über Erträge und Aufwendungen vollständig ab. Demgegenüber stellt der Finanzhaushalt auf Zahlungsströme ab, indem er die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen eines Haushaltsjahres gegenüberstellt (siehe Kapitel E „Finanzhaushalt“).

Der Ergebnishaushalt enthält in den einzelnen Spalten

- die Ansätze für das aktuell geplante Haushaltsjahr (Plan 2016),
- die Planansätze des Vorjahres (Plan 2015),
- die Ist-(Rechnungs-)Ergebnisse des Vorjahres (RE - oder Ist - 2014) und
- zur Darstellung der mittelfristigen Haushaltsentwicklung die Planansätze der folgenden drei Haushaltsjahre (Plan 2017, Plan 2018 und Plan 2019).

Bei den Planwerten des Vorjahres (2015) ist zu beachten, dass die ursprünglich im Haushaltsplan 2015 veröffentlichten Zahlen um die Nachtragshaushalte 2015 ergänzt worden sind.

Erläuterungen zum Ergebnishaushalt finden sich im Kapitel „Lagebericht“ unter dem Punkt „Ertragslage“.

Wichtiger Hinweis:

Der SAP-Logik folgend, haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

D.2 Ergebnishaushalt

Ertrags- und Aufwandsarten €	Plan 2016 €	Plan 2015 €	RE 2014 €	Mittelfristige Ergebnisplanung		
				Plan 2017 €	Plan 2018 €	Plan 2019 €
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-856.230.300	-838.060.336	-787.602.720,84	-904.195.300	-926.390.200	-955.104.000
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-422.795.344	-406.820.752	-379.511.343,99	-440.806.192	-455.720.250	-469.341.112
3 + Sonstige Transfererträge	-5.565.482	-4.462.600	-6.072.905,57	-5.760.275	-5.961.886	-6.163.496
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-67.419.134	-57.939.515	-59.131.297,81	-68.430.421	-69.799.034	-71.509.796
5 + Auflösung von Sonderposten	-45.772.348	-44.834.453	-45.176.918,34	-47.237.072	-48.465.245	-49.693.407
6 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-40.904.089	-38.487.853	-42.445.441,59	-41.517.663	-42.348.025	-43.385.963
7 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-308.427.425	-195.799.936	-181.991.764,37	-318.385.643	-348.897.907	-358.427.788
8 + Sonstige ordentliche Erträge	-48.223.467	-47.221.502	-91.374.424,64	-48.920.836	-49.875.253	-51.068.274
9 + Aktivierte Eigenleistungen	-2.136.589	-3.712.452	-1.089.266,85	-2.168.638	-2.212.011	-2.266.227
10 +/- Bestandsveränderungen	0	0	-58.630,41	0	0	0
S1 = Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	-1.797.474.178	-1.637.339.398	-1.594.454.714,41	-1.877.422.041	-1.949.669.810	-2.006.960.062
11 - Personalaufwendungen	467.300.806	467.549.634	432.656.219,95	484.045.390	501.410.527	518.794.516
12 - Versorgungsaufwendungen	84.117.000	75.672.970	100.867.361,63	86.724.628	89.413.092	92.101.556
13 - Aufwend. für Sach- u. Dienstleistungen	219.935.840	217.906.951	214.118.270,34	215.712.306	209.635.150	215.178.724
14 - Planmäßige Abschreibungen	103.082.959	98.602.468	97.760.509,02	106.104.627	108.627.998	111.200.003
15 - Transferaufwendungen	836.766.111	698.497.147	692.873.753,08	895.834.611	932.155.804	944.652.026
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	85.329.260	67.687.624	70.247.400,64	88.818.456	89.504.637	90.635.035
S2 = Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.796.531.976	1.625.916.794	1.608.523.514,66	1.877.240.018	1.930.747.209	1.972.561.860
S3 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=Saldo S1,S2)	-942.202	-11.422.603	14.068.800,25	-182.023	-18.922.602	-34.398.203
17 + Finanzerträge	-28.909.170	-31.148.480	-31.105.158,11	-28.920.915	-29.313.431	-29.816.267
18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	36.631.830	40.274.196	46.075.772,77	36.669.680	36.664.433	39.437.787
S4 = Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	7.722.659	9.125.715	14.970.614,66	7.748.765	7.351.002	9.621.520
S5 = Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	6.780.458	-2.296.888	29.039.414,91	7.566.742	-11.571.600	-24.776.683
19 + Außerordentliche Erträge	-212.822	-236.406	-5.431.585,90	-216.014	-220.335	-225.736
20 - Außerordentliche Aufwendungen	29.500	26.306	3.376.888,98	30.212	31.028	31.930
S6 = Außerordentliches Ergebnis (=Saldo Zeilen 19 und 20)	-183.322	-210.100	-2.054.696,92	-185.803	-189.307	-193.806
S7 = Jahresergebnis (= S5 und S6)	6.597.136	-2.506.988	26.984.717,99	7.380.939	-11.760.907	-24.970.489

E.1 Rücklagen und Rückstellungen

Rücklagen

Nach § 23 KommHV-Doppik bestehen die Rücklagen aus

- der Allgemeinen Rücklage (Nettoposition),
- nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen und
- aus Überschüssen des Ergebnishaushaltes (Ergebnisrücklage).

Die Rücklagen werden auf der Passivseite der Bilanz unter dem Posten „Eigenkapital“ gesondert ausgewiesen.

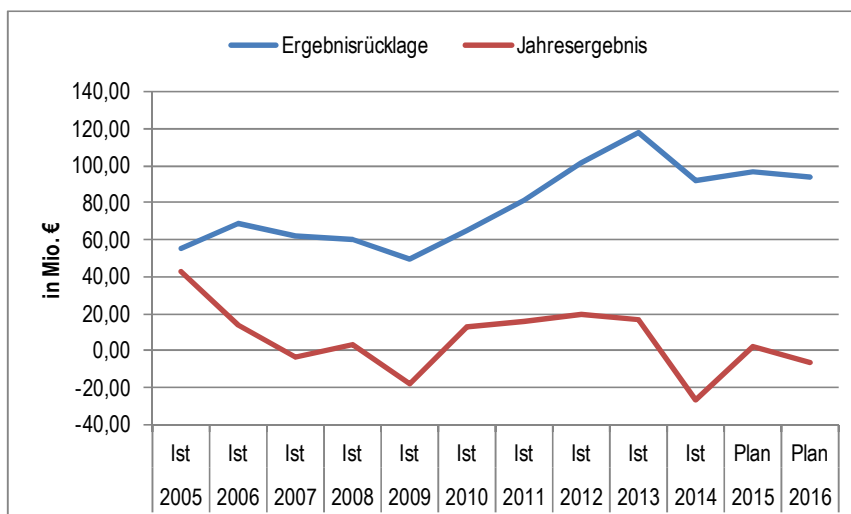
Der Begriff der Rücklagen im Bereich der kommunalen Doppik ist vom früheren kameralen Rücklagenbegriff zu unterscheiden. Unter kameralen Rücklagen versteht man Geldbestände, die zur künftigen Verwendung zurückgelegt und verwaltet werden. Im Sinne der kommunalen Doppik sind Geldbestände aber Vermögen, das auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen wird.

Gemäß § 24 der Kommunalen Haushaltsverordnung Doppik in Bayern (KommHV Doppik) soll der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein. Ein etwaiger Jahresfehlbetrag soll durch die Verrechnung mit der Ergebnisrücklage unverzüglich ausgeglichen werden.

Der Ergebnisrücklage kommt daher eine besondere Bedeutung zu, da der Haushalt weiterhin als ausgeglichen gilt, wenn Rücklagen aus den Vorjahren zur Deckung des Defizits herangezogen werden können.

Die Ergebnisrücklage sank zum 01.01.2015 aufgrund des Jahresfehlbetrages 2014 auf 91,4 Mio. €. Eine Erreichung des Planergebnisses 2015 vorausgesetzt, würde sie zum 01.01.2016 um 4,9 Mio. € auf 96,3 Mio. € ansteigen. Im Jahr 2016 wird sie sich laut Plan um 2,8 Mio. € auf 93,5 Mio. € verringern. Der Tiefpunkt im Jahr 2009 hatte bei 49,4 Mio. € gelegen.

In der nachfolgenden Grafik sind die Ergebnisrücklagen den Jahresergebnissen gegenübergestellt:



Rückstellungen

Im Gegensatz zur Kameralistik werden in der kommunalen Doppik dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip folgend für ungewisse Verbindlichkeiten und bestimmte Aufwendungen Rückstellungen gebildet. Rückstellungen haben die Aufgabe, die am Bilanzstichtag bestehenden Zahlungsverpflichtungen vollständig zu erfassen.

In der folgenden Übersicht wird der voraussichtliche Stand der Rücklagen und Rückstellungen zum 31.12.2016 ausführlich dargestellt.

Rücklagen- und Rückstellungsübersicht der Haushaltsplanung - voraussichtlicher Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Rücklagen	Stand zum 31.12.2014	Stand zum 31.12.2015	Veränderungen im Haushaltsjahr +/-	Stand zum 31.12.2016
	€	€	€	€
1. Basiskapital (Allgemeine Rücklage)	655.692.373	655.692.373	0	655.692.373
2. Ergebnismrücklage	91.445.815	96.297.154	-2.760.518	93.536.636
3. Verlustvortrag (bilanzierende Einheiten)	-12.814.477	-15.158.828	-3.836.618	-18.995.446
4. Verlustvortrag	0	0	0	0
Summe aller Rücklagen	734.323.711	736.830.699	-6.597.136	730.233.563

Rückstellungen	Stand zum 31.12.2014	Stand zum 31.12.2015 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2016
	€	€	€	€
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.389.532.651	1.399.967.654	8.981.269	1.408.948.923
1.1. für Pensionsverpflichtungen	1.186.875.680	1.204.226.513	14.777.599	1.219.004.112
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte	181.738.532	191.166.185	4.252.601	195.418.786
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte Lehrkräfte	178.716.929	179.847.325	-3.786.418	176.060.907
Rückstellung Anwartschaften städt. Versorgung Arbeitnehmer	2.207.015	2.013.329	-143.583	1.869.746
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte	378.642.109	380.302.779	5.611.500	385.914.279
Rückstellung Erstattungen Beamte BayBeamTVG	46.802.322	45.332.322	-1.370.500	43.961.822
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte Lehrkräfte	322.085.734	332.874.734	14.014.000	346.888.734
Rückstellung Versorgungsempfänger ehem. Arbeitnehmer	76.683.039	72.689.839	-3.800.000	68.889.839
1.2. für Verpflichtungen aus Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen, Beihilfen	202.656.971	195.741.141	-5.796.330	189.944.811
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte	4.372.559	2.972.559	-1.125.000	1.847.559
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte Lehrkräfte	1.671.255	1.396.255	-190.000	1.206.255
Rückstellung für Altersteilzeit Arbeitnehmer	25.293.671	16.793.671	-7.115.000	9.678.671
Rückstellung für Beihilfen Beamte	35.316.704	36.938.622	336.753	37.275.375
Rückstellung für Beihilfen Beamte Lehrkräfte	21.281.826	21.342.684	-259.333	21.083.351
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Beamte	73.358.312	73.790.812	502.500	74.293.312
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Lehrer	38.238.598	39.538.598	2.018.750	41.557.348
Rückstellungen für Beihilfen Arbeitnehmer	87.398	80.292	-10.500	69.792
Rückstellungen für Beihilfen Versorgungsempfänger Arbeitnehmer	3.036.648	2.887.648	45.500	2.933.148

Rückstellungen (Fortsetzung)	Stand zum 31.12.2014	Stand zum 31.12.2015 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2016
	€	€	€	€
2. Rückstellungen für Altlasten	5.362.500	5.362.500	0	5.362.500
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	11.394.230	11.394.230	0	11.394.230
4. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	698.664	698.664	0	698.664
5. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und anhängigen Verfahren	433.224	433.224	0	433.224
6. Sonstige Rückstellungen	46.453.364	46.351.721	-4.099.900	42.251.821
Urlaubsrückstellungen	6.399.545	6.399.545	0	6.399.545
Rückstellungen für Verlustausgleiche von verbundenen Unternehmen	36.045.000	36.045.000	-3.480.000 ³⁾	32.565.000
Rückstellungen für Zweckausrichtungsverpflichtungen	56.779	56.779	0	56.779
Rückstellungen für nicht ausgereichte Leistungsentgelte/-bezüge	128.143	0 ⁴⁾	0	0
Sonstige Rückstellungen nach § 74 Abs. 1 Satz 2 KommHV-Doppik	3.823.898	3.850.398	-619.900 ⁵⁾	3.230.498
Summe aller Rückstellungen	1.453.874.633	1.464.207.993	4.881.369	1.469.089.362

¹⁾ Die Bestände ergeben sich aus der Fortschreibung des Endstands 31.12.2014 mit den Planzahlen des Haushaltsjahres 2015. Sofern der Endbestand 2015 nicht vom Endbestand 2014 abweicht, ist keine ergebniswirksame Veränderung in 2015 eingeplant worden. In der Fortschreibung der Bestände der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen wurden auch voraussichtliche Ruhestandsversetzungen (Umschichtung zwischen den Beständen der aktiven Beschäftigten und der Versorgungsempfänger) berücksichtigt.

²⁾ Es handelt sich um die im Haushalt 2016 geplanten, ergebniswirksamen Veränderungen. Zudem sind auch die Verschiebungen bei den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen auf Grund der voraussichtlichen Ruhestandsversetzungen im Jahr 2016 enthalten.

³⁾ Die für die Verluste 2014 gebildeten Rückstellungen für die noris inklusion und die Städtischen Werke werden (aufgrund Zahlung) in 2016 aufgelöst.

⁴⁾ Die in 2014 nicht ausgeschütteten Leistungsentgelte/-bezüge sind im Folgejahr (2015) an die Beschäftigten auszuschütten.

⁵⁾ Ein Teil der Wertpapiere bei nichtrechtsfähigen Stiftungen wurde über dem Nennwert (über pari) gekauft. Die Kapitalrückzahlung erfolgt zum Nennwert. Dem Unterschiedsbetrag bei Endfälligkeit des Wertpapiers wird durch eine jährliche Rückstellungsbildung auf die Laufzeitdauer Rechnung getragen (in 2016 per Saldo 59.900 EUR). Außerdem per Saldo Auflösung der Prüfungskostenrückstellung für die überörtliche Rechnungsprüfung in Höhe von 560.000 EUR.

E.2 Ertragslage

Zur Beurteilung der Ertragslage wird auf das **ordentliche Ergebnis** abgestellt. Dieses errechnet sich aus

den **ordentlichen Erträgen**:

- Steuererträge,
- Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und sonstige Transfererträge,
- Erträge aus Leistungsentgelten,
- Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen,
- Erträge aus der Auflösung Sonderposten, sonstige ordentliche Erträge, Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen,

den **ordentlichen Aufwendungen**:

- Personal- und Versorgungsaufwendungen,
- Sachaufwendungen und Abschreibungen,
- Transferaufwendungen,

- Sonstige ordentliche Aufwendungen

und den **Finanzerträgen und -aufwendungen** (= **Finanzergebnis**).

Die genannten Erträge und Aufwendungen fallen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäfts- beziehungsweise Verwaltungstätigkeit an. Sie sind planbar und meist regelmäßig wiederkehrend. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen, die unregelmäßig anfallen und/oder periodenfremd sind, bleiben außer Betracht. Einer Analyse insbesondere der ordentlichen Erträge und Aufwendungen kommt besondere Bedeutung zu, da bei einer Gegenüberstellung beider Zahlen die Leistungsfähigkeit einer Kommune in Bezug auf die Deckungsfähigkeit ihrer Aufwendungen aus den Erträgen beurteilt werden kann.

Für das Haushaltsjahr 2016 wird das folgende ordentliche Ergebnis geplant:

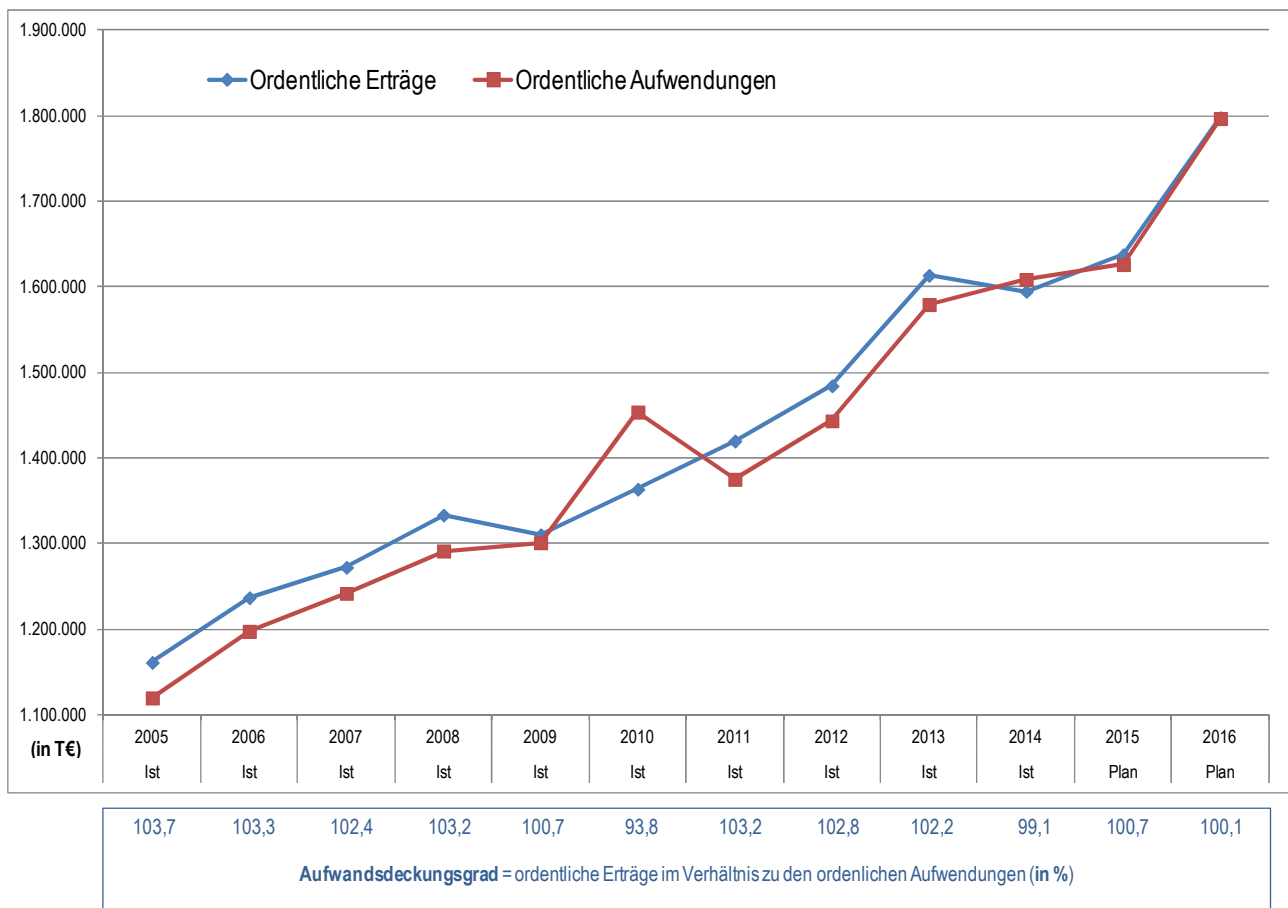
(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Ordentliche Erträge	-1.797.477	-1.637.342	-1.594.457
+ Ordentliche Aufwendungen	1.796.533	1.625.918	1.608.526
= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-944	-11.424	14.069
+ Finanzergebnis	7.723	9.127	14.970
= ordentliches Ergebnis	6.779	-2.297	29.039

In der Haushaltsplanung 2016 weist das ordentliche Ergebnis ein Defizit von 6,8 Mio. € aus, im Vergleich zur Vorjahresplanung ein um rund 9 Mio. € schlechteres Ergebnis. Das Rechnungsergebnis 2014 ist insbesondere aufgrund des Gewerbesteuer einbruchs ebenso negativ ausgefallen (nähere Erläuterungen hierzu finden sich im Jahresabschluss 2014).

Im Vergleich zur Vorjahresplanung steigen die ordentlichen Erträge um 160,1 Mio. € oder 9,8 % an. Die ordentlichen Aufwendungen nehmen um 170,6 Mio. € oder 10,5 % zu, so dass sich das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit auf knapp 1 Mio. € reduziert.

Das Finanzergebnis fällt in der Planung 2016 um circa 1,40 Mio. € besser aus als im Vorjahr.

In der nachfolgenden Grafik wird die Entwicklung der ordentlichen Erträge und Aufwendungen seit dem Jahr 2005 dargestellt:



Über den Zeitraum 2005 bis 2016 hinweg liegen - mit Ausnahme der Jahre 2010 und 2014 - die ordentlichen Erträge über den ordentlichen Aufwendungen, mit der Folge, dass sich jeweils ein positiver Aufwandsdeckungsgrad über 100 % errechnet.

Die Grafik zeigt im Jahr 2010 den Sondereffekt „Sondervermögen Klinikum“. Das Verhältnis zwischen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt dadurch einen rechnerischen Aufwanddeckungsgrad von 93,8 %. Da in dieser Betrachtung jedoch nur die ordentlichen Erträge und Aufwendungen betrachtet werden, bei der Auflösung des Sondervermögens jedoch ordentliche und außerordentliche Positionen betroffen waren, ist an dieser Stelle ein direkter Vergleich mit den Werten der anderen Jahre nicht möglich.

Mit dem Gewerbesteuereinbruch im Jahr 2014 lag der Aufwandsdeckungsgrad bei 99,1 %, d.h. dass die gezeigten Aufwendungen nicht mehr vollständig durch Erträge gedeckt waren.

Grundsätzlich erfreulich ist, dass sich der Trend mit ordentlichen Erträgen über den ordentlichen Aufwendungen und somit einem positiven Aufwanddeckungsgrad jenseits der 100%-Marke auch in den Planwerten des Jahres 2016 fortsetzt. Allerdings wird deutlich, dass sich die beiden Kurven in den Jahren 2015 und 2016 sehr angenähert haben und der Aufwanddeckungsgrad mit 100,7 % und 100,1 % nur noch äußerst knapp über der 100%-Marke liegt. Um einen dauerhaften Wert über 100 % zu gewährleisten, wird es notwendig, dass Stadtrat und Verwaltung gemeinsam auch weiterhin Disziplin bei den konsumtiven Ausgaben üben.

In den folgenden Ausführungen werden zur Beurteilung der Ertragslage die Ertrags- und Aufwandsposten aus dem ordentlichen Ergebnis einer näheren Betrachtung unterzogen.

E.2.1 Steuererträge

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Grundsteuer A	-260	-240	-272
Grundsteuer B	-112.500	-112.000	-112.096
Gewerbesteuer	-419.700	-414.213	-383.641
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	-265.948	-255.095	-243.149
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-54.512	-53.272	-43.724
Umsatzsteuer Härteausgleich	-1.180	-1.180	-2.361
Hundesteuer	-1.470	-1.400	-1.574
Zweitwohnungssteuer	-660	-660	-786
insgesamt	-856.230	-838.060	-787.603

Die Ansätze der Steuererträge basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom November 2015. Ein Risiko bei allen Steuerertragsarten ist und bleibt wie in den Vorjahren die konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone und Deutschland.

Die Steuererträge steigen in der Planung 2016 gegenüber der Vorjahresplanung um 2,2 % oder 18,2 Mio. €.

Die Gewerbesteuer ist mit geplanten 419,7 Mio. € oder einem Anteil von 49,0 % an den Steuererträgen mit Abstand die wichtigste Steuerertragsquelle. Der Ansatz für 2016 wurde gegenüber dem Vorjahresplanwert daher um moderate 5,5 Mio. € erhöht. Dieser Zielwert ist trotz der vorsichtigen Planung mit besonderen Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung verbunden.

Deutlich in den Planwerten zulegen kann der sogenannte „Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer“ mit erwarteten 265,9 Mio. €. Dieser steigt gegenüber dem Vorjahreswert (255,1 Mio. €) um 10,9 Mio. € oder 4,3 % (Basis: Istwert für 2014 und Steigerungsraten der Steuerschätzer vom November in Höhe von 6,4 % und 2,7%).

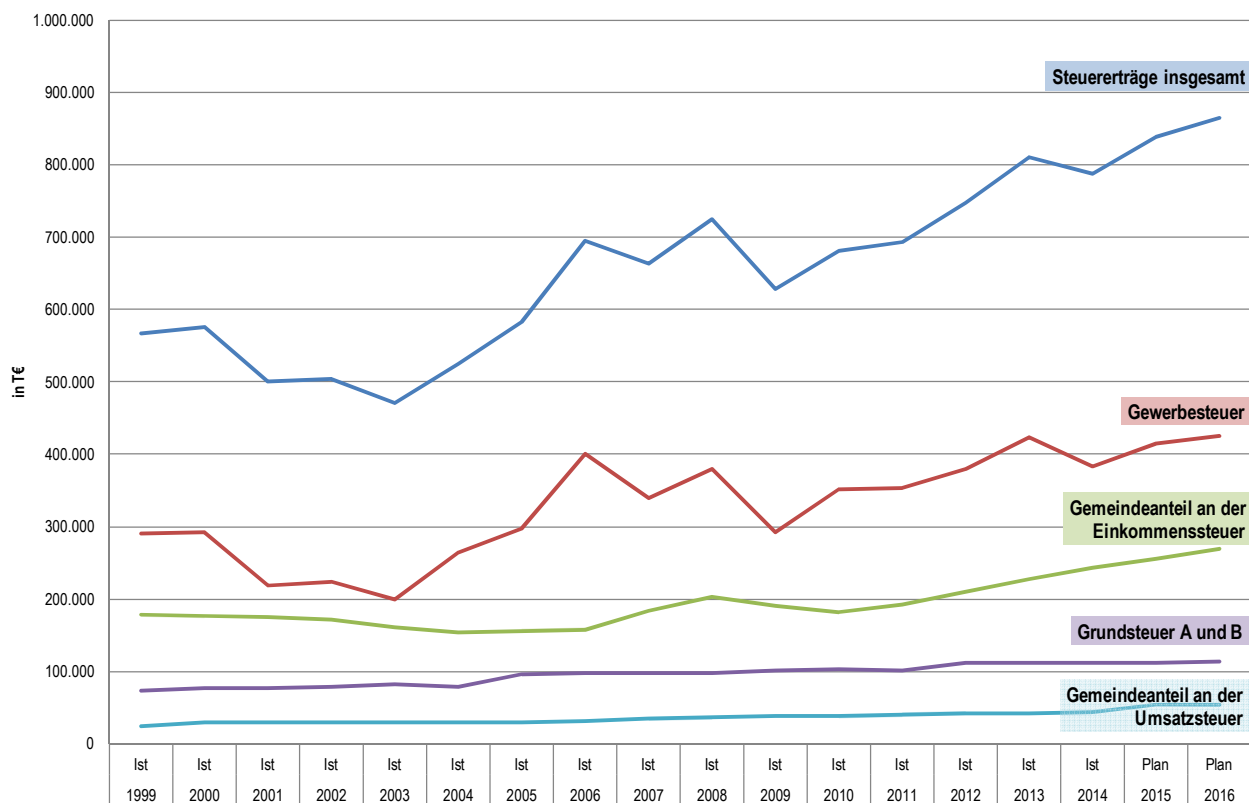
Auch bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer kann in 2016 mit einem im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,2 Mio. € höheren Betrag gerechnet werden. Der errechnete Wert in Höhe von 54,5 Mio. € basiert auf der

Steuerschätzung und enthält weiterhin die Soforthilfe für Kommunen in Höhe von 1 Mrd. €, die hälftig durch einen um 5,6 Mio. € höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ausgeschüttet wird.

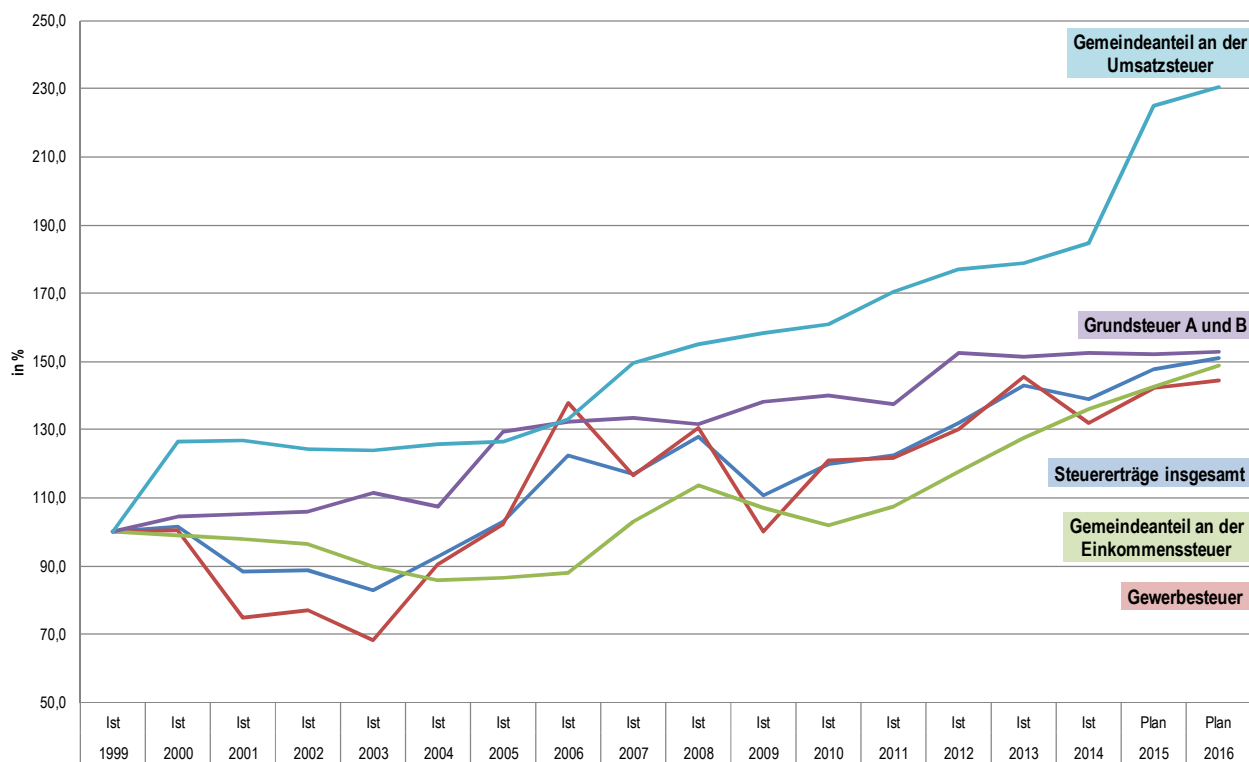
Grund-, Hunde- und Zweitwohnungssteuer bewegen sich weitgehend auf der Höhe der Vorjahresplanwerte.

Auf der folgenden Seite finden Sie eine grafische Darstellung der Entwicklung der Steuererträge seit 1999. Die erste Tabelle zeigt die Entwicklung der absoluten Werte in den einzelnen Steuerarten. Bei einer Indexierung der Werte mit dem Basisjahr 1999 zeigen sich deutliche Unterschiede. Danach sind die Steuern insgesamt um circa 51 % gestiegen, wobei die Gewerbesteuer als wichtigste Steuerart im Vergleich zur Einkommensteuer in jüngster Zeit etwas abflacht. Obgleich sie von der absoluten Höhe für Nürnberg eher nachgeordnete Bedeutung hat, ist die Umsatzsteuer, gemessen am Index, am meisten gestiegen.

Entwicklung der Steuererträge: Absolute Werte seit 1999



Entwicklung der Steuererträge: Indexierte Werte seit 1999



E.2.2 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und sonstige Transfererträge

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Zuweisungen und Zuschüsse	-422.795	-406.822	-379.511
davon:			
Schlüsselzuweisungen vom Land	-175.000	-180.000	-153.286
Zuweisung zum Verwaltungsaufwand	-16.627	-16.663	-16.539
Zuweisungen Land Grunderwerbssteuer	-22.700	-22.700	-20.419
Einkommensteuerersatz (Familienleistungsausgleich)	-20.500	-19.833	-20.195
Zuweisungen Land	-22.969	-21.505	-21.705
Zuweisungen vom Land (Belastungsausgleich Hartz IV)	-15.000	-15.000	-15.087
Zuweisungen vom Land (Sozialtransfer)	-56.723	-47.374	-35.931
Zuweisung für Schulbetrieb/Beförderung	-77.074	-72.156	-77.451
Sonstige Zuweisungen, Zuschüsse und Spenden	-16.202	-11.591	-18.898
Sonstige Transfererträge	-5.566	-4.464	-6.072
davon:			
Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb von Einrichtungen	-1.210	-1.057	-1.097
Sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen	-351	-320	-264
Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und Kostenersatz in Einrichtungen	-1.816	-1.131	-1.666
Leistungen von Sozialleistungsträgern in Einrichtungen	-766	-648	-675
Sonstige	-1.423	-1.308	-2.370
insgesamt	-428.361	-411.286	-385.583

Die Planungen der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen liegen um 16,0 Mio. € oder 3,9 % über den Vorjahresplanwerten und um 43,3 Mio. € oder 11,4 % über dem Rechnungsergebnis 2014. Die Schlüsselzuweisungen bewegen sich mit 175 Mio. € in der Bandbreite der üblichen Schwankungen der letzten Jahre.¹

Der starke Zuwachs bei dem Posten „Zuweisungen vom Land (Sozialtransfer)“ korrespondiert mit den Steigerungen bei den Transferaufwendungen für Kindertagesstätten freier Träger.

Die übrigen Ansätze bewegen sich im Rahmen der planmäßigen Fortschreibung.

¹ Die Schlüsselzuweisungen wurden im Dezember in Höhe von 181.073.660 € bekanntgegeben.

E.2.3 Erträge aus Leistungsentgelten

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Öffentlich-rechtliche	-67.419	-57.940	-59.133
davon:			
Verwaltungsgebühren	-17.959	-17.826	-18.561
Gebühren für öffentlich-rechtliche Nutzung	-19.291	-16.471	-16.641
Bestattungsgebühren	-3.250	-2.886	-3.007
Wohn- und Verpflegungsgebühren	-10.833	-4.071	-4.466
Eintrittsgelder	-9.333	-9.563	-9.456
Elternentgelte Ganztagesbetreuung	0	0	-32
Sonstige	-6.753	-7.123	-6.970
Privatrechtliche	-40.905	-38.487	-42.446
davon:			
Erträge aus Verkauf	-4.013	-3.693	-3.787
Miet-/Pachterträge	-16.575	-16.160	-17.302
Erbbauzinsen	-2.881	-2.677	-2.638
Ersatzleistungen	-2.465	-1.764	-2.810
Eintrittsgelder	-1.290	-1.360	-1.455
Teilnehmerbeträge	-5.354	-4.905	-5.246
Sonstige	-8.327	-7.928	-9.208
insgesamt	-108.324	-96.427	-101.579

Die Leistungsentgelte unterscheidet man in öffentlich-rechtlich und privatrechtlich erhobene Entgelte.

Insgesamt steigen die Leistungsentgelte der Stadt Nürnberg um 11,9 Mio. € oder 12,3 % an, wobei von der Höhe auf die öffentlich rechtlichen Leistungsentgelte etwa 9,5 Mio. € (+ 16,4 %) und auf die privatrechtlichen 2,4 Mio. € (+ 6,3 %) entfallen.

Der Anstieg bei den Gebühren für öffentliche-rechtliche Nutzung ist einerseits auf den stetigen Ausbau der Plätze in der Kindertagesbetreuung zurückzuführen.

Auch die Gebührenerhöhung in den kommunalen Krippen, Kindergärten und Horten führt ab dem Kita-Jahr 2015/2016 zu höheren Erträgen.

Wohn- und Verpflegungsgebühren für die Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlingen sind mit einer Erhöhung um 6,5 Mio. Euro veranschlagt.

Die übrigen Ansätze bewegen sich im Rahmen der planmäßigen Fortschreibung.

E.2.4 Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Bund	-98.093	-92.405	-81.668
Land	-107.621	-26.106	-23.952
Gemeinden und Gemeindeverbände	-15.360	-16.731	-15.900
Bezirk (Sozialleistungen)	-35.175	-15.564	-14.169
Zweckverbände und kommunale Sonderrechnungen	-20.597	-13.671	-13.539
Eigenbetrieb NüSt	-309	-308	-243
Eigenbetrieb ASN	-677	-671	-695
Kommunalunternehmen Klinikum	-7.458	-7.556	-6.998
Eigenbetrieb SUN	-1.791	-1.591	-1.927
Eigenbetrieb NüBad	-221	-214	-423
Eigenbetrieb FSN	-109	-85	-110
Eigenbetrieb SÖR	-2.591	-2.290	-2.428
Verwaltungskostenerstattungen (VKE) Eigenbetriebe	-7.753	-7.753	-7.753
Private Unternehmen	-10.042	-10.104	-11.534
Staatstheater Nürnberg	-632	-752	-652
insgesamt	-308.429	-195.801	-181.991

Mit 112,6 Mio. € oder 57,5 % steigen in der Planung 2016 die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen im Vergleich zur Vorjahresplanung stark an. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die folgenden drei Entwicklungen zurückzuführen:

- Die Erhöhung der Erstattungen vom Bund sind mit 3,5 Mio. € für die Grundsicherung begründet, welche in voller Höhe erstattet wird. Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (SGB II) ist um weitere 2,3 Mio. € höher als im Vorjahr geplant.
- Die Erstattungen vom Freistaat Bayern steigen um 312,2 %. Dies ist im Wesentlichen auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zurückzuführen, welche in voller Höhe vom Freistaat übernommen werden. Die

Erstattungen für die Notunterkunft Tillystraße sind 2016 erstmalig geplant.

- Die Erstattungen vom Bezirk steigen um 126 % aufgrund bislang nicht berücksichtigter Fallzahlsteigerungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Auf die Hilfen zur Erziehung entfallen 12,6 Mio. €, auf die Eingliederungshilfe 2,9 Mio. € und auf die Inobhutnahme 2,4 Mio. €.
- Das Job Centers erstattet die Unterkunftskosten anerkannter Flüchtlinge mit Leistungsanspruch nach SGB II in städtischen Flüchtlingsunterkünften. Diese sind als öffentlichen (kommunalen) Sonderrechnungen i.H.v. 6,7 Mio. € erstmalig eingeplant.

E.2.5 Erträge aus der Auflösung Sonderposten, sonstige ordentliche Erträge, Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Auflösung Sonderposten	-45.772	-44.834	-45.177
Sonstige ordentliche Erträge	-48.224	-47.222	-91.376
davon:			
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder)	-146	-120	-274
Verzugs- und Beitreibungsentgelte	-2.026	-2.026	-2.020
Erträge aus der Gewährung von Bürgschaften, Gewährverträge usw.	-746	-511	-429
Ausgleichszahlungen	-1.200	-1.200	-166
Konzessionsabgabe	-41.000	-41.000	-34.767
Aktivierte Bauzeitinsen	-688	-768	-640
Neutralisierung Zahlung Aufwandsrückstellungen	-700	0	-30.749
Sonstiges	-1.718	-1.597	-22.331
Aktivierte Eigenleistungen, Honorare	-2.137	-3.712	-1.089
Bestandsveränderungen	0	0	-59
insgesamt	-96.133	-95.768	-137.701

Die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten fällt im Jahr 2016 um 938 T€ höher aus als im Vorjahr. Dies korrespondiert mit den durch neue Nettoinvestitionen steigenden Abschreibungen – soweit die Investitionen mit Zuwendungen finanziert wurden. Die sonstigen ordentlichen Erträge steigen um rund 1 Mio. € oder 2,0 % gegenüber dem Plan 2015 an. Dies ist insbesondere auf die Erträge aus der Neutralisierung von Aufwänden für die Bezahlung zurückgestellter Sachverhalte zurückzuführen. Der hierfür im Jahr 2016 ausgewiesene Betrag in Höhe von 700 T€ betrifft die in 2016 anfallenden Kosten der überörtlichen Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband. Hierfür wurden im Bereich der Sonstigen ordentlichen Aufwendungen zusätzliche Kosten für Sachverständige in Höhe der 700 T€ eingeplant. Da für diesen Sachverhalt

jedoch eine Rückstellung vorhanden ist, war in gleicher Höhe eine ertragswirksame Kompensation als Ertrag aus der Neutralisation zu erfassen, so dass im Saldo keine Belastung des Ergebnishaushaltes erfolgt. Zu dem Rechnungsergebnis aus dem Jahr 2014 wird auf die Erläuterungen im Jahresabschluss verwiesen. Für den Planwert der Konzessionsabgabe wird seit dem Jahr 2015 wieder mit einer Bevölkerungszahl von über 500.000 Einwohnern gerechnet, so dass sich gegenüber dem Rechnungsergebnis 2014 ein um 6,2 Mio. € höherer Ertrag ergibt. Der Rückgang durch den Zensus 2011 wäre damit wieder ausgeglichen.

Die Aktivierten Eigenleistungen mussten im Jahr 2016 gegenüber Vorjahreswert nach unten korrigiert werden.

E.2.6 Personal- und Versorgungsaufwendungen

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
insgesamt	551.420	543.223	533.524

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen insgesamt gesehen im Vergleich zu der Vorjahresplanung moderat um 8,2 Mio. € oder 1,5 % an, wobei einem Rückgang der Personalaufwendungen in Höhe von 0,2 Mio. € ein Anstieg der Versorgungsaufwendungen um 8,4 Mio. € gegenübersteht.

Von den Personal- und Versorgungsaufwendungen entfallen im Haushaltsjahr 2016 rund 467,3 Mio. € oder 84,7 % (Vorjahr: 467,6 Mio. € oder 86,1 %) auf die

Personalaufwendungen (= Aufwendungen für aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und 84,1 Mio. € oder 15,3 % (Vorjahr: 75,7 Mio. € oder 13,9 %) auf die Versorgungsaufwendungen (= Aufwendungen für Versorgungsempfänger).

Einzeln betrachtet entwickeln sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen wie folgt:

Personalaufwendungen (in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Bezüge und Vergütungen	368.710	363.206	348.878
davon:			
Beamte (ohne Lehrkräfte)	76.606	81.471	72.947
Beamte-Lehrkräfte	73.436	67.639	68.373
Arbeitnehmer	211.215	206.402	195.033
Sonstige Vergütungen	7.453	7.694	12.525
Beiträge zu Versorgungskassen	16.512	14.597	15.596
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und pauschalierte Lohnsteuer	43.195	43.827	39.919
Beihilfen und Unterstützungsleistungen	9.326	9.231	9.400
Rückstellungen	29.559	36.689	18.864
davon:			
Sonstige Rückstellungen für Aktive	-8.430	-10.175	-10.470
Zuführung/Auflösung Pensionsrückstellung	33.073	40.677	30.056
Zuführung/Auflösung Beihilferückstellung	4.916	6.187	-722
insgesamt	467.302	467.550	432.657

Ausgehend vom Istergebnis 2014 ist bei den Personalaufwendungen mit den folgenden Entwicklungen zu rechnen: Lässt man die Rückstellungsbuchungen außer Betracht, so steigen die Personalaufwendungen im Jahr 2016 um 24,0 Mio. € oder rund 5,8 % gegenüber

dem Rechnungsergebnis 2014. Diese Steigerung ist neben den Stellenschaffungen 2015 und 2016 vor allem auf die Tarifierhöhungen bei den Beschäftigten (+ 2,4 % ab März 2015 und angenommenen + 2,4 % ab März 2016) und die Besoldungserhöhungen bei den

Beamten (+ 2,1 % ab März 2015 und + 2,3 % ab März 2016) zurückzuführen. Bei der Schätzung der Kostensteigerungen durch Stellenschaffungen in 2016 wurde unterstellt, dass die neu geschaffenen Stellen erst ab Juni 2016 besetzt werden.

Die Rückstellungen für Personalaufwendungen für die aktiven Beamtinnen und Beamten fallen nach den aktuellen Berechnungen im Jahr 2016 um 7,1 Mio. € oder 19,4 % niedriger aus als in der Vorjahresplanung, da die Besoldungserhöhungen zum 01.03.2015 und zum 01.03.2016 (2,1 % beziehungsweise 2,3 %) bereits im Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2015 vollständig

erfasst werden müssen. Grund hierfür ist, dass beide Stufen der Besoldungserhöhungen bereits in 2015 als Gesetz verabschiedet wurden (bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 9/2015 vom 31. Juli 2015). Aufgrund von Unwägbarkeiten bei der Planung (wie zum Beispiel bei der Anzahl der Sterbefälle, der Ein- und Austritte von Beamten/innen bei der Stadt etc.) sind die Planansätze dieser Rückstellungen immer mit Unsicherheiten behaftet.

Für das Haushaltsjahr 2016 werden die Versorgungsaufwendungen wie folgt geplant:

Versorgungsaufwendungen (in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Beamte (inklusive Lehrkräfte)	80.535	77.667	75.807
Arbeitnehmer	10.017	10.417	10.055
Beihilfen für Versorgungsempfänger	12.743	12.343	12.671
Neutralisation Versorgung und Beihilfen	-99.325	-96.275	-94.660
Rückstellungen	80.148	71.521	96.994
davon:			
Zuführung/Auflösung Pensionsrückstellung	69.948	62.381	80.320
Zuführung/Auflösung Beihilferückstellung	10.200	9.140	16.674
insgesamt	84.118	75.673	100.867

Die Versorgungsaufwendungen erhöhen sich gegenüber dem Planansatz 2015 um 11,2 % oder 8,4 Mio. € auf 84,1 Mio. €.

Der Anstieg ist rein auf die Rückstellungsentwicklung zurückzuführen. Die Rückstellungen für Versorgungsaufwendungen steigen - insbesondere bei den Pensionsrückstellungen - im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 Mio. € oder 12,1 % an. Besoldungserhöhungen wirken sich in diesem Bereich zeitversetzt aus. Auch bei der Beurteilung der Pensionsrückstellun-

gen ist zu beachten, dass die Planung dieser Rückstellungen mit Unsicherheiten behaftet ist. Beispielsweise kann die tatsächliche, erst nach der Planung bekannt-gegebene Versorgungssteigerung bei verbeamteten Pensionären und Lehrern vom ursprünglichen Planwert abweichen.

E.2.7 Sachaufwendungen und Abschreibungen

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Sachaufwendungen	219.936	217.906	214.119
davon:			
Verbrauchsmittel und Gebrauchsgegenstände	7.982	5.899	5.906
Strom, Gas, Wasser/Abwasser	22.617	21.815	20.626
Gebäudeunterhalt und -technik	34.498	35.299	25.146
Unterhalt sonstiges Grundvermögen	3.805	4.247	4.754
Gebäudereinigung, Müll, Kanal usw.	26.803	26.721	25.909
Lehrmittel, Schülerbeförderung, Tagespflege	19.686	19.035	16.337
Erstattungen an Dritte	110.714	103.598	102.466
Sonstiges	-6.169	1.292	12.975
Abschreibungen	103.083	98.602	97.761
insgesamt	323.019	316.508	311.880

Die Sachaufwendungen und Abschreibungen steigen insgesamt um 2,1 % oder 6,5 Mio. € auf 323,0 Mio. €.

Der Posten „Verbrauchsmittel und Gebrauchsgegenstände“ steigt um circa 2 Mio. € oder 35,3% gegenüber dem Vorjahresplanwert an. Der Anstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Aufwendungen für die Notunterkunft Tillystraße sowie für das „Sonderpaket Flüchtlingshilfe“ auf einen Planwert von 2 Mio. € erhöht worden sind.

Auf den Posten „Strom, Gas, Wasser/Abwasser“ hat sich insbesondere die Erhöhung der Aufwendungen für den Betriebsstrom im Jahr 2016 um rund 1 Mio. € kostensteigernd ausgewirkt.

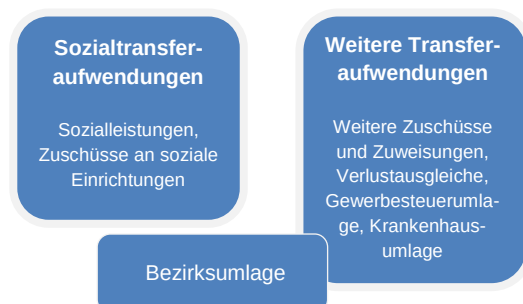
Beim Posten „Erstattungen an Dritte“ wird in 2016 mit circa 7,1 Mio. € Mehraufwendungen gerechnet, insbesondere wegen höherer Erstattungen an die beiden Eigenbetriebe NüBad (Neueröffnung des Langwasserbades) in Höhe von 805 T€ und SÖR (insbesondere für Personalkostensteigerungen) in Höhe von 4,4 Mio. €.

Aufgrund des weiterhin hohen Investitionsniveaus steigen die Abschreibungen entsprechend der Fertigstellungen der Investitionsprojekte um 4,5 Mio. € oder 4,5% auf 103,1 Mio. € an.

E.2.8 Transferaufwendungen

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Transferaufwendungen Sozialbereich	547.657	420.437	388.338
davon:			
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (gesetzlich/vertraglich - Art. 1/4)	113.443	100.718	88.938
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (freiwillig - Art. 5)	17.895	17.350	14.295
Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter (SGB XII)	62.555	59.038	54.092
Hilfe zur Pflege (SGB XII)	8.764	8.510	7.459
Hilfe zur Gesundheit (SGB XII)	13.706	11.581	13.399
Sonstige Hilfen außerhalb von Einrichtungen	12.477	3.277	3.024
Familien- und Jugendhilfe	99.274	82.928	67.018
Asylbewerberleistung. (HLU und andere Hilfen)	90.405	14.773	13.379
Alg II, vor allem Kosten der Unterkunft (SGB II)	123.183	117.161	122.031
Bildungs- und Teilhabepaket	5.795	4.876	4.544
Sonstiges	160	225	159
Bezirksumlage	158.640	151.194	151.964
Weitere Transferaufwendungen	130.468	126.868	152.571
davon:			
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Verlustausgleiche)	49.503	46.678	45.792
Verlustausgleiche Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen	16.180	16.251	45.549
Gewerbesteuerumlage	64.785	63.939	60.660
Solidarumlage, Schuldendiensthilfe	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	0	0	570
insgesamt	836.765	698.499	692.873

Die Transferaufwendungen werden in Sozialtransferaufwendungen (Transferaufwendungen Sozialbereich) und weitere Transferaufwendungen unterteilt. Inhaltlich kann die Bezirksumlage den Sozialtransferleistungen zugerechnet werden, da die Aufgabenschwerpunkte des Bezirks ebenfalls im Sozialbereich liegen. Aufgrund der finanziellen Bedeutung wird die Bezirksumlage jedoch eigenständig ausgewiesen.



Die Transferaufwendungen erhöhen sich insgesamt um 138,3 Mio. € oder 19,8 %. Mit einem Anteil von 46,6 % an den ordentlichen Aufwendungen sind die Transferaufwendungen neben den Personalaufwendungen (Anteil von 30,7 %) der größte Kostenblock innerhalb der ordentlichen Aufwendungen.

Sozialtransferaufwendungen

Die Sozialtransferaufwendungen umfassen die klassischen Sozialleistungen, die die Stadt selbst zu tragen hat, wie beispielsweise die Kosten der Unterkunft im SGB II oder die Familien- und Jugendhilfen. Hinzu kommen die Zuschüsse an soziale Einrichtungen, insbesondere an die freien Träger der Kindertagesstätten. Diese Teilmenge der Transferaufwendungen mit einem Volumen von 547,7 Mio. € (Plan 2016) repräsentiert mehr als ein Viertel der gesamten ordentlichen Aufwendungen. Gedanklich hinzu addieren sollte man an dieser Stelle noch die Bezirksumlage, die aufgrund der Aufgabenschwerpunkte des Bezirks im Wesentlichen ebenfalls aus Sozialausgaben besteht. Zusammen stellen diese Positionen mit insgesamt 706,3 Mio. € fast 40% der Gesamtaufwendungen des Nürnberger Stadthaushalts dar.

Die Planansätze im Sozialbereich beruhen auf der Fortschreibung der Ergebnisse 2014 unter der Berücksichtigung aktueller Prognosen und Erwartungen.

Die Zuschüsse an soziale Einrichtungen (gesetzlich) steigen wie in den Vorjahren relativ stark an, dieses Jahr um 12,7 Mio. € oder 12,6 % auf 113,4 Mio. €. Hintergrund ist hier insbesondere der anhaltende Platzausbau bei den Kindertageseinrichtungen freier Träger.

Der Posten „Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)“ steigt um 3,5 Mio. € oder 6,0 %. Aufwendungen für Hilfen zum Lebensunterhalt sind im Haushaltsplan auf dem Niveau des Vorjahresplans veranschlagt.

In der Hilfe zur Pflege liegt die Planung 0,2 Mio. € über dem Plan 2015. Zum Basisjahr 2014 entspricht dies einem Anstieg der Leistungsberechtigten um 16 % und einer Fallkostensteigerung um 7 %.

Die Hilfen zur Gesundheit (SGB XII) erhöhen sich um 2,1 Mio. € oder 18,3 % auf nunmehr 13,7 Mio. €. Entgegen der Planungen 2014 und 2015 wurden Kostensteigerungen durch die sinkenden Fallzahlen nicht

vollständig kompensiert. Aufgrund der demografischen Entwicklung der Leistungsberechtigten und der allgemein steigenden Kosten im Gesundheitswesen wird mit einem Anstieg der Fallkosten von 11 % zum Basisjahr 2014 geplant.

Die Sozialbetreuung für Flüchtlinge wird ab dem Jahr 2016 erstmals geplant und unter dem Posten „Sonstige Hilfen außerhalb von Einrichtungen“ dargestellt.

Aufgrund der derzeitigen Entwicklung im Asylbereich wird für 2016 mit einem weiteren Anstieg der nach AsylbLG leistungsberechtigten Personen gerechnet. Zur Planung des Entwurfs wurden im Jahresdurchschnitt 9.000 Leistungsberechtigte angenommen. Die Aufwendungen werden vollständig vom Freistaat Bayern erstattet. Die Planzahl für das Jahr 2016 wurde von 14,8 Mio. € (Plan 2015) um 75,6 Mio. € auf 90,4 Mio. € angehoben.

In den vergangenen Jahren zeichnete sich eine kontinuierliche Kosten- und Fallzahlsteigerung ab. Die Zahl der laufenden Fälle erzieherischer Hilfen ist von 2013 auf 2014 erstmals leicht zurückgegangen. Damit wurde 2014 der Trend zu ständig wachsenden Fall- und Kostensteigerungen erstmals gebrochen. Zurückzuführen ist dies u.a. auf die bereits in den vergangenen Jahren von der J-internen Steuerungsgruppe festgelegten und stetig aktualisierten verbindlichen Standards zur Steuerung der Hilfen zur Erziehung (Fallrevision, erweitertes Fallcontrolling, regelmäßige Fortbildungen etc.). Inwieweit vorliegend von einer dauerhaften Trendwende ausgegangen werden kann, bleibt jedoch abzuwarten. Unabhängig davon waren die nicht steuerbaren Einflussfaktoren in die Beurteilung der weiteren Entwicklung einzubeziehen (allgemeinen Kostensteigerungen u.a. Tarifsteigerungen, Energiekosten, Lebenshaltungskosten, Zuzüge anspruchsberechtigter Jugendliche).

Die andauernde Fallzahlsteigerung bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird auch in 2016 zu einer weiteren massiven Kostensteigerung führen. Grundsätzlich bestehen für diese Kosten Erstattungsansprüche gegenüber den überörtlichen Trägern. Vorliegend wird von einer zeitnahen, vollumfänglichen Erstattung im laufenden Haushaltsjahr ausgegangen.

Die Kosten der Unterkunft und Heizung beim Arbeitslosengeld II steigen im Vergleich zur Vorjahresplanung um 6,0 Mio. €. Die Hochrechnung der Leistungen erfolgte basierend auf der Prognose des IAB (Institut für

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). Hiernach werden sich die Fallzahlen im Jahresverlauf mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zunächst konstant entwickeln. Mit der Erhöhung der Mittel wird der Flüchtlingsthematik Rechnung getragen. Anerkannte Flüchtlinge erhalten keine Leistungen mehr nach Asylbewerberleistungsgesetz, können aber nachfolgend einen Anspruch auf Leistungen nach SGB II geltend machen. Die Abweichung zwischen Ist 2014 und den jeweiligen Planwerten ist auf die unterjährige Umbuchung der flankierenden Leistungen (circa 6,6 Mio. €) zurückzuführen.

Die Aufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket steigen um 919 T€. Die Planansätze wurden in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 und ausgehend von einer weiterhin steigenden Nutzung der zur Verfügung stehenden Angebote entsprechend erhöht. Vom Bund werden ca. 75 % dieser Aufwendungen erstattet.

Bezirksumlage

Die Bezirksumlage wurde für 2016 mit 158,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erhöht (+ 7,4 Mio. € oder + 4,9 %). Die Planung steht unter dem Vorbehalt, dass die zugrundegelegte Umlagehöhe von der Planung abweichen kann.²

Weitere Transferaufwendungen

Die weiteren Transferaufwendungen mit 130,5 Mio. € oder 7,3 % der ordentlichen Aufwendungen beinhalten sonstige Ausgleichszahlungen. Diese sind zum Beispiel die Gewerbesteuerumlage, Verlustausgleiche an städtische Töchter und Eigenbetriebe, weitere Zuschüsse aufgrund gesetzlicher und sozialer Verpflichtungen, die allerdings nicht den Sozialbereich betreffen, sowie Zuweisungen an das Land, unter anderem im Rahmen der Krankenhausumlage.

Die weiteren Transferaufwendungen nehmen im Vergleich zum Plan 2015 insgesamt um 3,6 Mio. € oder 2,8 % zu.

Der Posten „Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Verlustausgleiche)“ steigt um 2,8 Mio. € auf 49,5 Mio. € an. Er beinhaltet weitere Zuschüsse, die aus gesetzlichen oder rechtlichen Verpflichtungen entstehen, beispiels-

weise an das Germanische Nationalmuseum oder die Nürnberger Symphoniker. Ferner ist mit 10,2 Mio. € die Krankenhausumlage enthalten.

Für Verlustausgleiche an die Eigenbetriebe NüBad, FSN, SUN (Anteil Umweltanalytik: 1,8 Mio. €) sowie an die Städtischen Werke Nürnberg, die noris inklusion gGmbH und den Flughafen Nürnberg (Konsortialvertrag: 5 Mio. €) wurden, insgesamt auf Höhe des Vorjahresniveaus, 16,2 Mio. € geplant.

Für die Gewerbesteuerumlage wurde entsprechend des höheren Gewerbesteueransatzes im Vergleich zur Vorjahresplanung um 0,8 Mio. € höhere Aufwendungen eingeplant.

² Die für Nürnberg zu zahlende Bezirksumlage wurde im Dezember mit 159,3 Mio. € verabschiedet.

E.2.9 Sonstige ordentliche Aufwendungen

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Sonstiger Personal- und Dienstaufwand	3.703	3.731	3.674
Entschädigung für Mitglieder des Stadtrats	2.065	2.010	1.939
Betriebsmittel (konsumtive MIP-Maßnahme)	6.096	5.748	4.501
Miet- und Pachtaufwand Immobilien, Erbbauzins	22.587	11.823	13.585
Mieten/Pachten/Leasing bewegliche Sachen	4.003	3.145	2.834
Mietaufwand für Heime und Pensionen	1.300	1.300	1.284
Kosten für Sachverständige und Gutachten	3.789	3.064	3.024
Nutzungsentgelte, Pflege Software, Lizenzen	4.098	4.225	3.631
Vergütungen für Leistungen Dritter	12.488	8.180	8.572
Versicherungsbeiträge (inklusive KUV)	6.241	5.844	5.490
Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen	1.200	1.220	10
Sonstige	17.759	17.398	21.705
insgesamt	85.329	67.688	70.249

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen gegenüber dem Ansatz 2015 um 17,6 Mio. € oder 26,1 % auf 85,3 Mio. €.

Bei den Betriebsmitteln konsumtiver MIP-Maßnahmen handelt es sich um nicht aktivierungsfähige Bestandteile von im MIP veranschlagten Investitionen (dort gesondert ausgewiesen). Hierfür ist im Vergleich zum Vorjahr ein Mehraufwand in Höhe von 348 T€ eingeplant.

Bei den Miet- und Pacht aufwendungen für Immobilien sind im Planwert 2016 Steigerungen von 10,8 Mio. € für die Unterbringung von Flüchtlingen enthalten. Hier spiegeln sich - wie bei den Transferaufwendungen - die gestiegenen Flüchtlingszahlen wider.

Beim Posten „Mieten/Pachten/Leasing bewegliche Sachen“ werden im Vergleich zu Ansatz 2015 rund 0,9 Mio. € höhere Aufwendungen für Leasingaufwendungen in Informations- und Kommunikationstechnik (zentrale IT, OrgA/IT) geplant.

Der Anstieg bei den Kosten für Sachverständige und Gutachter liegt im Wesentlichen an den Kosten für die in 2016 anstehende überörtliche Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband in Höhe von 700 T€. Da hierfür eine Rückstellung besteht, wurde in gleicher Höhe eine ertragswirksame Kompensation als Ertrag aus der Neutralisation unter den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen erfasst.

Unter dem Posten „Sonstige“ sind im Jahr 2016 unter anderem die folgenden größeren Aufwandspositionen enthalten:

- Drucksachen und Vordrucke: 1,9 Mio. €,
- Portokosten: 1,8 Mio. €,
- Künstlerhonorare: 1,3 Mio. €,
- Veranstaltungen/Tagungen: 1,1 Mio. € und
- Mitgliedschaften: 963 T€.

Das Rechnungsergebnis im Jahr 2014 in Höhe von 21,7 Mio. € liegt um rund 3,9 Mio. € über dem Planansatz von 2016. In dem Ergebnis von 2014 sind überplanmäßige Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen

enthalten. Beispielsweise waren 1,5 Mio. € für Überstunden-/Urlaubsrückstellungen für das in den Eigenbetrieb SÖR überführte Personal sowie 0,7 Mio. € Rückstellungen für die überörtliche Rechnungsprüfung der

Jahre 2010 bis 2014 einzustellen. Weitere Ausführungen hierzu finden sich in den Erläuterungen zum Jahresabschluss 2014.

E.2.10 Finanzergebnis (Finanzerträge und Zinsaufwendungen)

(in T€)	Plan 2016	Plan 2015	Ist 2014
Finanzerträge	-28.909	-31.148	-31.105
davon:			
Zinserträge	-1.910	-2.387	-2.771
Erträge Gewinnanteile aus Beteiligungen	-5.799	-7.261	-8.056
Verzinsung Gewerbe-/Umsatzsteuer § 233a AO	-21.000	-21.000	-20.144
Stundungszinsen und andere Finanzerträge	-200	-500	-134
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36.632	40.275	46.075
davon:			
Zinsaufwendungen Investitionskredite	32.906	36.646	37.968
Erstattungszinsen (Gewerbsteuer)	3.500	3.500	7.896
Sonstige Zinsaufwendungen	226	129	211
insgesamt	7.723	9.127	14.970

Das Finanzergebnis fällt mit 7,7 Mio. € im Plan 2016 um 1,4 Mio. € oder 15,4 % besser aus als im Vorjahresplan. Im Vorjahresplan übersteigen die Zinsaufwendungen die Zinserträge um 9,1 Mio. €.

Für 2016 wird damit gerechnet, dass die Finanzerträge von 31,1 Mio. € (Plan 2015) um 2,2 Mio. € auf 28,9 Mio. € zurückgehen werden. Neben dem niedrigen Zinsniveau wirkt sich aus, dass die Erträge aus Gewinnanteilen von Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr insbesondere wegen einer einmaligen Berücksichtigung der Auflösung der Projektentwicklungsgesellschaft (PEG) St. Leonhard im Jahr 2015 sinken.

Dem Rückgang der Finanzerträge um 2,2 Mio. € steht ein höherer Rückgang der Finanzaufwendungen (Zinsen und ähnliche Aufwendungen) in Höhe von 3,6 Mio. € gegenüber.

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus können die Zinsaufwendungen bei Kreditinstituten mit 32,9 Mio. € beziehungsweise um 10,2 % niedriger angesetzt werden als im Vorjahr. Somit ermöglicht das anhaltend niedrige Zinsniveau trotz der hohen Investitionssummen den Zinsaufwand stabil zu halten.

Die Entwicklung der Zinsaufwendungen seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2005 mit 63,3 Mio. € (bezogen auf

die doppelten Haushaltszahlen seit 2005) zeigt eine deutliche Entlastung. Da Umschuldungen oder Neuauflagen auf Basis des aktuell niedrigen Zinsniveaus erfolgen, ist das Risiko steigender Zinsaufwendungen aufgrund eigener Berechnungen (siehe Schuldenbericht 2013) durchaus beherrschbar. Diese Annahme wird auch durch die Erwartung eines zumindest mittelfristig anhaltend niedrigen Zinsniveaus gestützt. Dennoch bleiben die Zinsaufwendungen eine Risikoposition im städtischen Haushalt, sollte das Zinsniveau wieder deutlich steigen.

F. Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt stellt im Gegensatz zum Ergebnishaushalt, der auf der Grundlage der doppelten Buchführung das Ressourcenaufkommen und den Ressourcenverzehr über Erträge und Aufwendungen vollständig abbildet, auf die unterjährigen Zahlungsströme ab. Daher sind im Finanzhaushalt nur zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen berücksichtigt (beispielsweise sind Aufwendungen aus Abschreibungen nicht zahlungswirksam und erscheinen deshalb nicht in dem Finanzhaushalt). Der Finanzhaushalt zeigt Mittelherkunft und Mittelverwendung und den Bestand an Finanzmitteln auf. Aus sämtlichen Zahlungsbewegungen ergibt sich die Veränderung des Finanzmittelbestandes zum Bilanzstichtag. Der Finanzhaushalt ist mit der betrieblichen Kapitalflussrechnung vergleichbar.

Der Finanzhaushalt ist inhaltlich in die drei Bereiche

- laufende Verwaltungstätigkeit,
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

gegliedert.

Es gilt der Grundsatz, dass der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens zur Finanzierung der Tilgungsleistungen und, soweit möglich, zur Finanzierung der Investitionen reichen sollte. Mit einem Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 50,1 Mio. € erreicht die Stadt Nürnberg im Plan 2016, bezogen auf die Tilgungen der Investitionskredite, dieses Ziel nicht. Zur Finanzierung der anstehenden Investitionen wird zusätzlich die Aufnahme neuer Kredite notwendig. Das Jahr 2016 wird im Kernhaushalt mit einer Nettoneuverschuldung (= Saldo aus Finanzierungstätigkeit) von 52,4 Mio. € geplant, die der hohen Investitionstätigkeit geschuldet ist.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 132,1 Mio. € (+ 26,3 % im Vergleich zum Vorjahr) spiegelt deutlich den gestiegenen Eigeninvestitionsmittelbedarf und die hohen Auszahlungen für Investitionsförderungen wider.

Unter der Position „Tilgung aus kreditähnlichen Vorgängen“ werden seit dem Jahr 2011 Tilgungen für das Schul-ÖPP-Projekt ausgewiesen.

Wichtiger Hinweis:

Der SAP-Logik folgend, haben Einzahlungen ein negatives, Auszahlungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

E.2 Finanzhaushalt

Ein- und Auszahlungsarten €	Plan 2016 €	Plan 2015 €	RE 2014 €	Mittelfristige Finanzplanung		
				Plan 2017 €	Plan 2018 €	Plan 2019 €
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-856.230.300	-838.060.336	-813.491.295,58	-904.195.300	-926.390.200	-955.104.000
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-422.741.344	-406.709.168	-380.957.650,23	-440.751.382	-455.664.344	-469.283.836
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	-5.565.482	-4.462.600	-6.009.860,14	-5.760.275	-5.961.886	-6.163.496
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelt	-67.399.134	-57.919.515	-59.012.966,48	-68.410.121	-69.778.328	-71.488.582
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-40.554.918	-38.101.272	-41.157.645,32	-41.163.255	-41.986.528	-43.015.606
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-308.518.425	-195.887.006	-179.431.252,12	-318.478.643	-348.897.907	-358.427.788
7 + Sonstige Einzahlungen lfd. Verwaltung	-72.798.293	-74.328.716	-79.486.534,07	-73.785.341	-75.121.144	-76.790.898
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.910.456	-2.387.326	-2.164.030,03	-1.604.148	-1.566.233	-1.531.029
S1 = Einzahl.laufende Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 - 8)	-1.775.718.352	-1.617.855.939	-1.561.711.233,97	-1.854.148.465	-1.925.366.570	-1.981.805.235
9 - Personalauszahlungen	446.607.184	439.652.108	419.725.312,01	462.453.400	475.675.786	492.104.961
10 - Versorgungsauszahlungen	103.278.500	100.415.500	100.817.204,91	106.480.135	109.781.019	113.081.903
11 - Auszahl. für Sach- und Dienstleistung.	226.873.536	224.464.247	204.482.598,53	224.987.822	218.042.145	222.774.666
12 - Transferauszahlungen	839.246.111	703.101.110	686.648.734,29	863.434.611	927.155.804	953.252.026
13 - Sonstige Auszahlungen lfd. Verwaltung	73.064.713	56.034.323	63.472.889,86	74.135.104	75.580.800	77.386.485
14 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	36.538.330	40.274.196	45.156.440,24	36.576.180	36.570.933	39.344.287
S2 = Auszahl. laufende Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9-14)	1.725.608.374	1.563.941.484	1.520.303.179,84	1.768.067.251	1.842.806.487	1.897.944.328
S3 = Saldo laufende Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1, S2)	-50.109.978	-53.914.455	-41.408.054,13	-86.081.214	-82.560.083	-83.860.907
15 + Einzahl. aus Investitionszuwendungen	-47.001.400	-67.920.000	-59.010.623,37	-60.263.000	-72.772.000	-58.132.000
16 + Einzahl. aus Beiträgen u.ä. Entgelten	-4.566.605	-4.451.545	-4.961.330,92	-5.165.655	-4.744.700	-4.563.730
17 + Einzahl. Veräußerung von Sachvermögen	-5.000.000	-7.000.000	-5.619.355,59	-6.577.000	-5.000.000	-5.000.000
18 + Einzahl. Veräußerung v. Finanzvermögen	-2.436.556	-857.000	-2.697.472,55	0	0	0
19 + Einzahl. sonstige Investitionstätig.	-2.722.070	-2.750.655	-3.232.090,90	-2.668.666	-2.618.845	-2.605.230
S4 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 15-19)	-61.726.631	-82.979.200	-75.520.873,33	-74.674.321	-85.135.545	-70.300.960
20 - Auszahl. für Erwerb von Grundstücken	6.441.000	6.747.000	6.228.127,27	6.441.000	6.441.000	6.441.000
21 - Auszahl. für Baumaßnahmen	132.188.559	129.626.000	83.647.637,84	169.404.800	170.602.750	129.677.500
22 - Auszahl. Erwerb bewegl. Sachvermögen	13.790.000	10.043.000	14.086.556,52	11.252.000	7.612.000	7.562.000
23 - Auszahl. für Erwerb von Finanzvermögen	2.629.356	4.566.200	6.441.332,10	0	0	0
24 - Auszahl. für Investitionsförderungen	38.013.000	35.821.000	36.555.199,67	19.096.000	12.505.000	18.921.000
25 - Auszahl. sonstige Investitionstätig.	800.000	800.000	422.400,00	800.000	800.000	800.000
S5 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 20-25)	193.861.915	187.603.200	147.381.253,40	206.993.800	197.960.750	163.401.500
S6 = Saldo aus Investitionstätigkeit (= Saldo S4, S5)	132.135.284	104.624.000	71.860.380,07	132.319.479	112.825.205	93.100.540
S7 = Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlb. (=Saldo S3, S6)	82.025.306	50.709.545	30.452.325,94	46.238.265	30.265.122	9.239.633
26a + Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	-115.000.000	-75.000.000	-88.356.000,00	-114.500.000	-98.500.000	-102.500.000
26b + Einz., Kreditaufnahme wirtsch.gleichk.	0	0	0,00	0	0	0
S8 = Einzahlungen aus Finanzierungstätig. (=Z. 26a, 26b)	-115.000.000	-75.000.000	-88.356.000,00	-114.500.000	-98.500.000	-102.500.000
27a - Auszahlungen für die Kredittilgung	58.190.000	60.050.000	58.247.484,54	60.640.000	65.002.000	68.235.000
27b - Ausz., Tilgung kreditähnlicher Rechtsg	4.395.000	5.014.000	4.715.036,39	7.973.000	12.225.000	14.387.000
S9 = Auszahlungen aus Finanzierungstätig. (=Z. 27a, 27b)	62.585.000	65.064.000	62.962.520,93	68.613.000	77.227.000	82.622.000
S10 = Saldo Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8, S9)	-52.415.000	-9.936.000	-25.393.479,07	-45.887.000	-21.273.000	-19.878.000
S11 = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S7, S10)	29.610.306	40.773.545	5.058.846,87	351.265	8.992.122	-10.638.367
28 + Anfangsbestand an Finanzmitteln	-50.000.000	-45.000.000	-116.819.132,88	-20.389.694	-20.038.429	-11.046.307
S12 = vorauss. Endbestand an Finanzmitteln (=S11 und Z. 28)	-20.389.694	-4.226.455	-111.760.286,01	-20.038.429	-11.046.307	-21.684.674
29 + vorauss. Anfangsbestand sonst. Liquid.	0	0	0,00	0	0	0
S13 = vorauss. Endbestand Liquiditätsreserven (=S12 und Z.29)	-20.389.694	-4.226.455	-111.760.286,01	-20.038.429	-11.046.307	-21.684.674

6. Liquidität und Kassenkredite

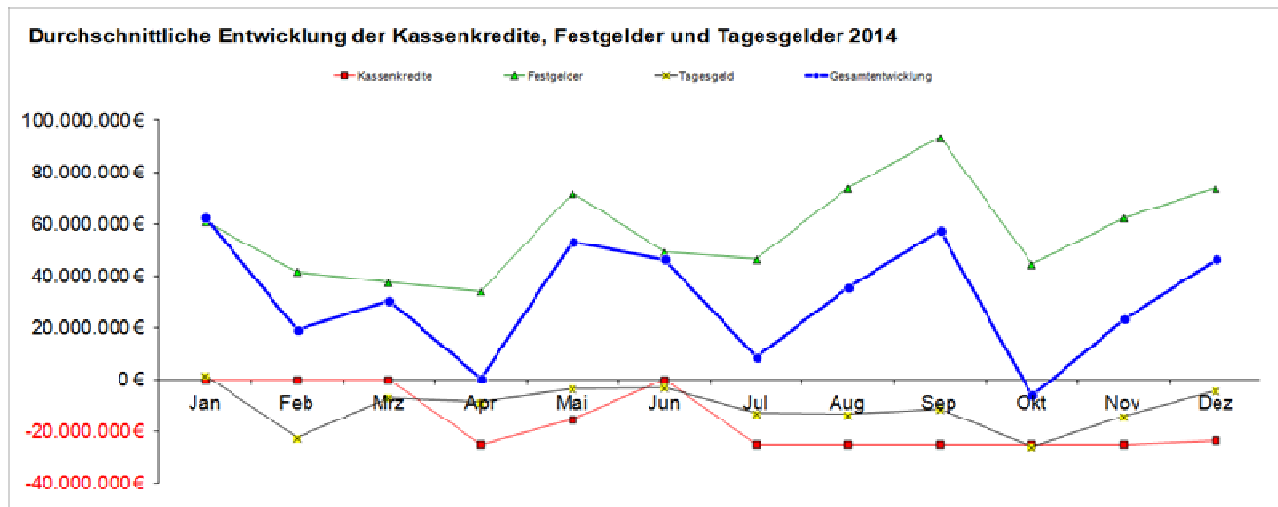
Die Bewirtschaftung der Kassenmittel sowie die Sicherstellung der Liquidität sind Bestandteil der Kassenaufgaben. Im Rahmen der Liquiditätsplanung und unter Berücksichtigung der aktuellen Finanzsituation kommt hierbei auch die Aufnahme von Kassenkrediten in Betracht. Dabei handelt es sich um kurzfristige Finanzmittel zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen. Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite liegt seit 2009 unverändert bei 280 Mio. €.

Guthaben werden von der Kasse mit unterschiedlichen Laufzeiten entweder als Tagesgelder oder Festgelder zur Erzielung eines rentablen Zinsertrages bei Kreditinstituten angelegt und verwaltet.

Entwicklungen im Jahr 2014

Die Zahlungsfähigkeit der Stadt Nürnberg war im Jahr 2014 zu jeder Zeit gewährleistet. Kassenkreditverträge mit Kreditinstituten waren vom 01.04. bis 19.05.2014 mit 25 Mio. € und vom 01.07. bis 29.12.2014 ebenfalls mit 25 Mio. € zur Liquiditätssicherung erforderlich. Die Aufnahme der Kassenkredite sowie die Anlage der Festgelder und Tagesgelder richten sich nach den aktuellen Marktzinsen. Ausgehend von der besonderen Marktsituation waren die Tagesgelder planmäßig auch im Soll. Zur Liquiditätsüberbrückung ist dies möglich und auf Basis der aktuell sehr günstigen EONIA-Tagesgeldverzinsung im Vergleich zu den höheren Zinsen für die Festgelder insgesamt auch wirtschaftlich.

Die folgende Grafik zeigt den Verlauf der Kassenkredite, Festgeldanlagen und Tagesgelder bei Kreditinstituten nach monatlichen Durchschnittswerten im Jahr 2014.

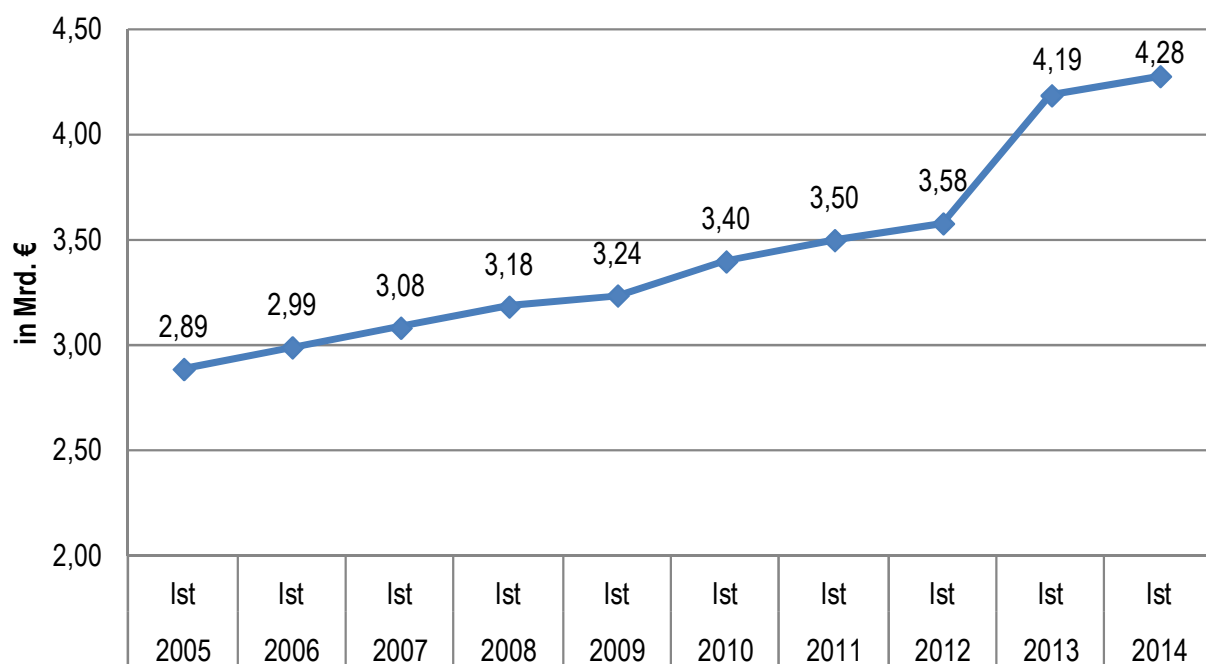


Entwicklungen im Jahr 2015

Für das Jahr 2015 wird nach der Liquiditätsplanung und dem bisherigen Verlauf der Ein- und Auszahlungen im Vergleich zum Jahr 2014 mit weiterhin stabilen Bedingungen und einer insgesamt positiven Liquiditätseinschätzung gerechnet, obwohl das Ergebnis aus dem Jahr 2014 vermutlich nicht in voller Höhe erreicht wer-

den wird. Die Aufnahme von Kassenkrediten wird den Umfang und die Zeitdauer des Vorjahres übersteigen und unterjährig über den Werten des Vorjahres liegen. Insgesamt ist hier derart Vorsorge getroffen, dass die Stadt Nürnberg im Rahmen des geplanten Kassenkreditrahmens ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen kann.

Restbuchwerte Anlagevermögen zum 31.12.



Wie der Grafik zu entnehmen ist, weist das städtische Anlagevermögen entsprechend der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren einen deutlichen Trend nach oben auf.

Besonders hervorzuheben ist die Neubewertung der städtischen Grundstücke im Jahr 2013, durch die die 4 Mrd. €-Grenze überschritten worden ist: Zwischen den Bilanzstichtagen 31.12.2012 und 31.12.2013 erhöhte sich das Anlagevermögen um 17,0 % (Vorjahr: 2,3 %).

Entsprechend der Investitionstätigkeit hat im Jahr 2014 das Anlagevermögen um 90,37 Mio. € zugenommen.

Die tatsächliche Entwicklung des Anlagevermögens in den Jahren 2015 und 2016 wird stark von den bilanziellen Aktivierungen abhängen. Hier sind gegenüber den dargestellten Werten noch deutliche Verschiebungen zu erwarten, die unter anderem auf den Baufortschritt im Vergleich zu den angesetzten Mitteln zurückgeführt werden können.

Investitionen in den Jahren 2016 - 2019

Die städtischen Investitionen werden im Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) festgeschrieben und wirken sich mittelbar auf den Ergebnishaushalt aus. Sie belasten das Ergebnis in den Folgejahren durch Abschreibungen und durch die finanzierungsbedingten Zinsaufwendungen. Ferner entstehen bei neuen Einrichtungen dauerhaft zusätzliche Betriebskosten (Personal, Unterhalt etc.).

Der Mittelfristige Investitionsplan wird mit seinem zugehörigen Investitionsprogramm ausführlich im Band 1, Gliederungspunkt J behandelt. Auf die Ausführungen dort wird verwiesen.

Im MIP-Zeitraum 2016 bis 2019 sollen insbesondere die folgenden Maßnahmen durchgeführt werden:

- Hortnotmaßnahmen in Neunhof, Fischbach/Altenfurt und Kettlersiedlung (insgesamt 13,5 Mio. €, davon städtische Mittel im MIP-Zeitraum: 9,6 Mio. €)
- Hafenbrücken (38,3 Mio. € im MIP-Zeitraum)

- Neubau einer Dependence für die Kfz-Zulassung (0,58 Mio. €)
- Masterplan Freiraum (5,5 Mio. € im MIP-Zeitraum)
- Neue Hegelstraße: Schulerweiterung und Hortneubauten (zusätzlich insges. 11,6 Mio. €)
- Umweltstation Wöhrder See (3,2 Mio. €, davon 1,25 Mio. € städt. Mittel)
- Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogramm (städt. Mittel i.H.v. 2 Mio. €)
- Obstmarkt (zusätzlich ca. 0,7 Mio. €)

Im Vergleich zu den MIP-Ansätzen im Haushaltsplan 2015 wurden insbesondere die folgenden größeren Maßnahmen in der Planung zeitlich nach hinten verschoben:

- Hauptmarkt: Verschiebung (Entlastung von rund 1,4 Mio. €)

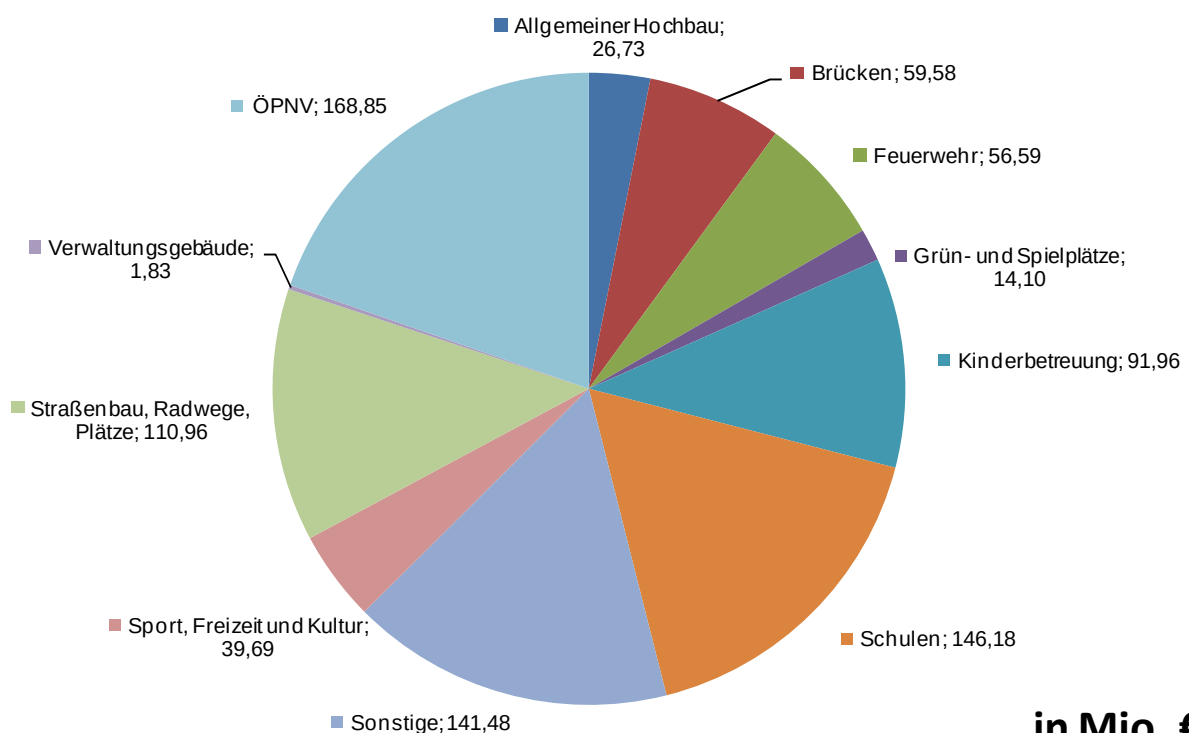
- Theaterparkhaus und Umgestaltung Rich.-Wagner-Platz: Verschiebung (Entlastung insgesamt 1,8 Mio. €)
- Frankenschnellweg: aufgrund der unklaren Rechtslage wurden die Mittel reduziert; die Entlastung liegt wegen der hohen Zuschusserwartung bei ca. 9,2 Mio. € (2016-2018; investive Mittel)

Alle weiteren Maßnahmen wurden entsprechend fortgeschrieben.

In den beiden folgenden Grafiken werden zum einen die Investitionsschwerpunkte mit den Bruttoinvestitionen und zum anderen mit dem städtischen Finanzierungsanteil dargestellt.

Investitionsschwerpunkte 2016 bis 2019: Bruttoinvestitionen (in Mio. €)

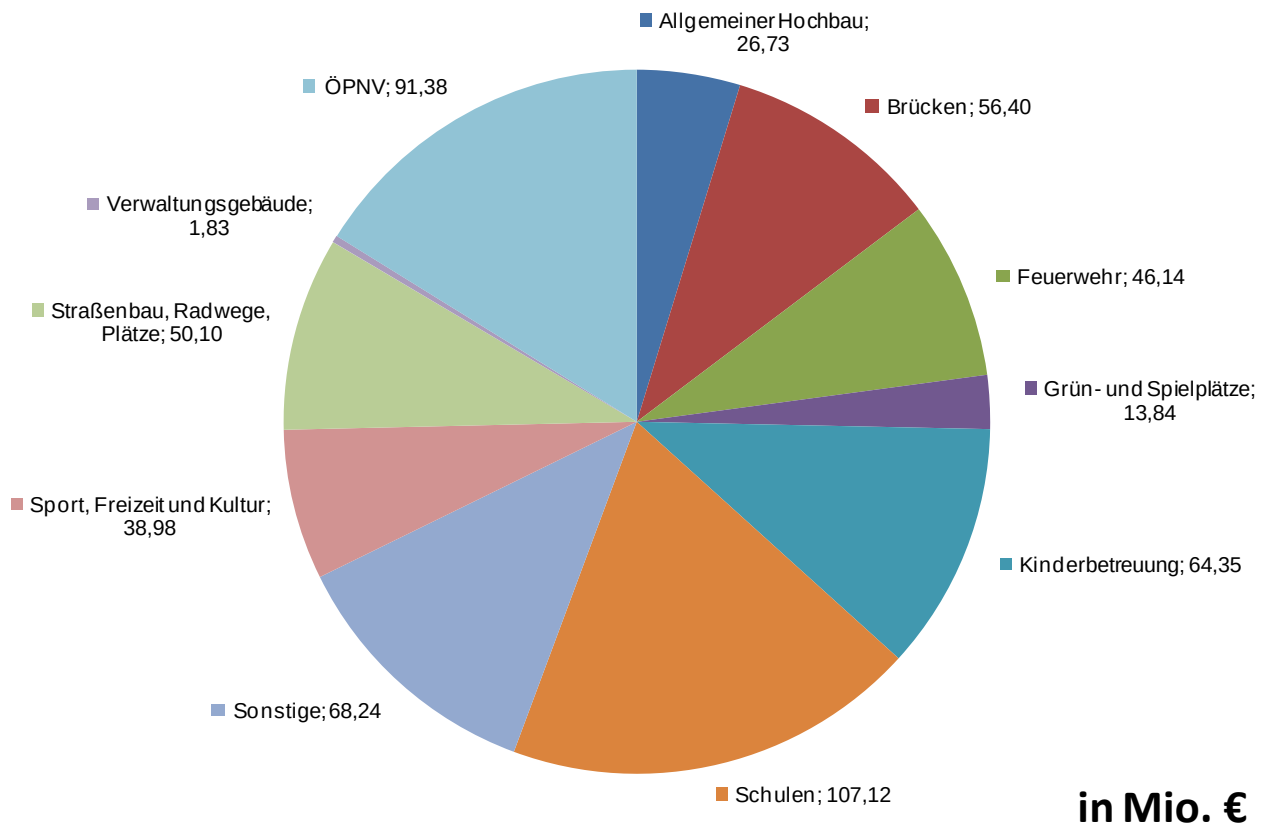
Im Zeitraum 2016 bis 2019 wird mit Bruttoinvestitionen (MIP: investiv und konsumtiv) in Höhe von 857,95 Mio. € gerechnet. Dieser Betrag verteilt sich im Einzelnen auf die folgenden Investitionsschwerpunkte:



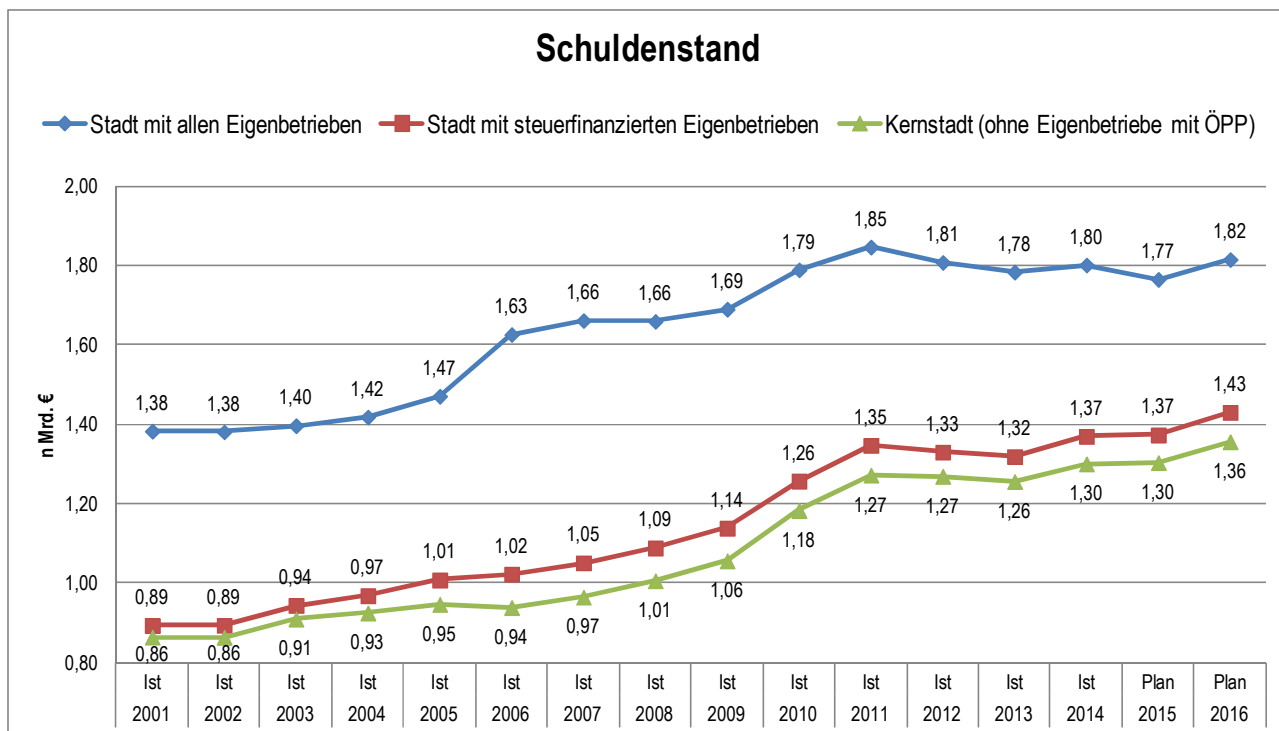
in Mio. €

Investitionsschwerpunkte 2016 bis 2019: Städtische Mittel (in Mio. €)

Im Zeitraum 2016 bis 2019 werden für die Bruttoinvestitionen in Höhe von 565,11 Mio. € städtische Mittel (MIP: investiv und konsumtiv) zur Finanzierung eingeplant. Die städtischen Mittel verteilen sich im Einzelnen auf die folgenden Investitionsschwerpunkte:



I. Verbindlichkeiten und Schulden



Die vorstehende Grafik zeigt den Schuldenstand der Stadt Nürnberg

- ohne Eigenbetriebe (nur Kernhaushalt),
- mit den steuerfinanzierten Eigenbetrieben und
- mit allen Eigenbetrieben zusammen.

Innere Darlehen - hierbei handelt es sich um Darlehen, die von der Stadt Nürnberg an den Eigenbetrieb SÖR ausgereicht worden sind - wurden in der Grafik konsolidiert.

Die Schulden der städtischen Eigenbetriebe werden in die zwei grundlegenden Kategorien steuerfinanzierten und „Kostendecker“ unterteilt.

Zu den steuerfinanzierten Eigenbetrieben zählen die Eigenbetriebe Service Öffentlicher Raum (SÖR), NürnbergBad (NüBad), Frankenstadion (FSN) und das NürnbergStift (NüSt). Bei NüBad, SÖR und FSN müssen die Verlustausgleiche und somit auch Teile des Schuldendienstes aus dem Kernhaushalt bedient werden. NüSt wird aufgrund möglicher Kreditaufnahmen für Investitionen in den nächsten Jahren jetzt ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet. Aus diesen Gründen sind diese Schulden in der Bewertung gedanklich dem Kernhaushalt zuzuordnen.

Anders gestaltet es sich bei der Stadtentwässerung und Umweltanalytik (SUN) und bei der Abfallwirtschaft (ASN): Diese Eigenbetriebe sind externe Kostendecker, die ihre Aufwendungen und ihren Kapitaldienst aus ihren Einnahmen und Gebühren komplett selbst refinanzieren müssen.

Die Schulden der Stadt Nürnberg im Kernhaushalt sind zum Jahresende 2014 insbesondere wegen des Einbruchs bei der Gewerbesteuer auf den Stand von 1.300 Mio. € angestiegen. Darin enthalten sind die Verbindlichkeiten aus Krediten, also die klassischen Darlehen von Sparkassen und Banken, die Anleihe, Schuldenscheindarlehen sowie die Verbindlichkeiten aus ÖPP/ÖÖP-Verträgen (sogenannte kreditähnliche Rechtsgeschäfte). Die Stadt Nürnberg trägt hiermit explizit der wachsenden Bedeutung dieser Verträge Rechnung, in dem diese - im Gegensatz zu anderen Kommunen - in die Verschuldenszahlen mit einbezogen werden.

Zum Jahresende 2015 werden die Verbindlichkeiten der Stadt voraussichtlich im Ist leicht auf einen Planwert von 1.304 Mio. € steigen.

Entsprechend der Haushaltsplanung und dem anstehenden Investitionsprogramm wird sich dann die Ver-

schuldung im Jahr 2016 um 52,4 Mio. € auf 1,36 Mrd. € erhöhen.

Die äußere Verschuldung der Eigenbetriebe lag Ende 2014 bei 500,9 Mio. €, sinkt nach dem jetzigen Erkenntnisstand bis Ende 2015 auf 461,5 Mio. €. Ende 2016 werden 459,2 Mio. € erwartet. Während bei den Eigenbetrieben ASN; FSN und NüBad die geplante Verschuldung von 2015 auf 2016 insgesamt um rund 13,4 Mio. € zurückgehen wird, ist bei den Eigenbetrieben NüSt, SÖR und SUN ein Anstieg der Verschuldung um 11,1 Mio. € geplant. Der größte Anteil davon entfällt mit 10,3 Mio. € auf den Eigenbetrieb SUN.

Als Fazit für den Haushalt 2016 lässt sich somit ein Anstieg der Planverschuldung insbesondere im Kernhaushalt der Stadt Nürnberg feststellen. Anhand der Zahlen wird deutlich, dass trotz insgesamt guter Konjunkturerwartungen die umfangreiche Investitionstätigkeit ihren Niederschlag in einer Neuverschuldung findet. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs der städtischen Mittel der Investitionen (MIP-Ansatz für Einzelmaßnahmen und Pauschalen) um 28,8 Mio. € oder 25,4 % gegenüber 2015 erscheint dies jedoch nachvollziehbar.

In den folgenden Übersichten werden der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO entsprechend dem vom Bayerischen Staatsministerium des Innern veröffentlichten Haushaltsmuster zu § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik dargestellt.

**Übersicht über den
voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen
Rechtsgeschäften¹⁾ sowie Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO**

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres 2015	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2016 ¹⁵⁾	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2016
	T€	T€	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	T€	T€
	1	2	3	4	5	6	7
1. Anleihen²⁾	80.000	80.000	-	-	80.000	0	80.000
2. Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten³⁾	1.156.118	1.166.065	-	-	-	56.810	1.222.875
2.1 vom Bund	-	-	-	-	-	-	-
2.2 vom Land	5	4	0,5	2	1,6	-0,6	4
2.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-	-	-	-	-
2.4 von Zweckverbänden u. dgl.	-	-	-	-	-	-	-
2.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	50.000	97.445	3.331	13.326	80.788	-3.331	94.114
2.6 von Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
2.7 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-	-
2.8 von Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
2.9 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	-	-	-	-	-	-	-
2.10 vom Kreditmarkt ⁴⁾	1.106.113	1.068.616	50.614	204.592	813.410	60.142	1.128.758
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten (1. + 2.)	1.236.118	1.246.065	-	-	-	56.810	1.302.875
3.1 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte aus PPP-Projekten	64.173	57.859				-4.395	53.464
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten sowie PPP-Projekten	1.300.291	1.303.924	-	-	-	52.415	1.356.339

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres 2015	Stand zu Beginn des Haushalts- jahres ¹⁵⁾ 2016	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haus- haltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushalts- jahres 2016
			bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	1	2	3	4	5	6	7
3.2 Weitere kreditähnliche Rechtsgeschäfte^{5),6)}	4.606	3.946				-626	3.320
3.21 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	3.675	3.121				-521	2.600
3.22 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	-	-				-	-
3.23 Leasinggeschäfte	-	-				-	-
3.24 Leibrentenverträge	767	682				-85	597
3.25 Schuldübernahmen	-	-				-	-
3.26 Verträge über die Durch- führung städtebaulicher Maßnahmen	-	-				-	-
3.27 Verpflichtung zur Ge- währung von Schulden- diensthilfen an Dritte	-	-				-	-
3.28 Sonstige einer Kredit- aufnahme gleich- kommende Vorgänge	164	143				-20	123
4. Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investiti- onskrediten, PPP-Projekten und weiterer kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	1.304.897	1.307.870	-	-	-	51.789	1.359.659
Nachrichtlich:							
1. Innere Darlehen von rechtlich unselbststän- digen Einrichtungen	25.200	24.300				-900	23.400
2. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung⁷⁾	500.377	461.536	-	-	-	-2.594	458.942
2.1 aus Krediten ¹⁴⁾	488.861	450.599	-	-	-	-2.015	448.584
2.2 aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	11.516	10.937				-579	10.358

Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO,

Art. 66 Abs. 2 LKrO, Art. 64 Abs. 2 BezO –

voraussichtlicher Stand der eventuellen Zahlungsverpflichtungen und Vorbelastungen ohne Bilanzierung (Eventualverbindlichkeiten)

Arten der Eventualverbindlichkeiten ⁸⁾	Stand zu Beginn des Vorjahres 2015	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2016	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2016
	T€	T€	T€	T€
	1	2	3	4
1. Bürgschaften^{9),10)}	102.751	92.486	-10.300	82.186
1.1 an Sondervermögen				
1.2 an verbundenen Unternehmen	26.530	25.598	-1.000	24.598
1.3 an Beteiligungen	60.311	51.972	-8.300	43.672
1.4 an sonstigen öffentlichen Bereich	1.295	1.115	-200	915
1.5 an sonstigen privaten Bereich	14.615	13.801	-800	13.001
2. Sonstige kreditähnliche Rechtsgeschäfte ohne Bilanzierung¹¹⁾				
2.1 – 2.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-
3. Weitere Haftungsverhältnisse nach § 75 KommHV-Doppik^{12),13)}				
3.1 – 3.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-

¹⁾ In der **Verbindlichkeitenübersicht der Haushaltplanung** nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik sind auszuweisen:

- in Spalte 1 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres (= laufendes Haushaltsjahr);
- in Spalte 2 – nach dem zeitlichem Fortschritt der Haushaltplanung - der voraussichtliche oder tatsächliche Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres; dieser sollte mit dem Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres grundsätzlich übereinstimmen;
- in den Spalten 3 bis 5 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres, gegliedert nach Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren;
- in Spalte 6 der Saldo aus den voraussichtlichen Zu- und Abgängen an Verbindlichkeiten während des Haushaltsjahres (z. B. durch Kreditaufnahme und Kredittilgung);
- in Spalte 7 der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Stand zum 1. Januar zuzüglich der Zugänge und abzüglich der Abgänge während des Haushaltsjahres).

²⁾ Soweit sonstige Verbindlichkeiten aus Wertpapierverschuldung bestehen (z. B. durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere), sind diese bei Nr. 1 auszuweisen.

³⁾ Endfällige Darlehen sind gesondert zu vermerken.

⁴⁾ KfW-Kredite sowie Kredite von Landesbanken und Sparkassen sind unter Nr. 2.10 auszuweisen diese Einrichtungen als Kreditinstitute und nicht als sonstige öffentliche Sonderrechnungen.

⁵⁾ Unter Nr. 3 sind alle gewissen Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften auszuweisen (vgl. Art 72 Abs. 1 GO); hierzu zählen z.B. Leasing- und Leibrentenverträge, Verlustübernahmen sowie Bürgschaftsverpflichtungen, soweit die Kommune tatsächlich in Anspruch genommen wird. Davon unbeschadet bleibt deren Ausweis als ungewisse Verbindlichkeiten unter den Rückstellungen bzw. – als nur mögliche Zahlungsverpflichtung ohne Bilanzansatz – unter den Haftungsverhältnissen (vgl. § 75

KommHV-Doppik). Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind in Anlehnung an den Kontenrahmen nach Arten zu untergliedern. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllMBI S. 408).

- ⁶⁾ Unter Nr. 3 sind jeweils die sich aus dem Wirtschaftlichkeitsvergleich (§ 12 KommHV-Doppik) ergebenden Projektkosten anzugeben (vgl. dazu auch IMBek vom 6. Februar 2007 Nr. 6 (AllMBI S. 187); dabei sind der Gesamtbetrag und der investive Anteil gesondert darzustellen. Dies gilt auch, wenn im Vorjahr bzw. im Haushaltsjahr keine Zahlungen angefallen sind bzw. anfallen. Soweit die Kommune voraussichtlich nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wird (z. B. aus Geschäftsbesorgungsverträgen), gelten die Grundsätze zur Darstellung von Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Ergänzend wird auf die im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs erforderliche Risikoabschätzung verwiesen. Zur Risikoabschätzung vgl. Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007 (AllMBI S. 187); bei ÖPP-Modellen vgl. PPP-Leitfaden Teil 2 S. 9 im Internet unter:
http://www.innenministerium.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/themen/ppp/leitfaden_teil2.pdf
- ⁷⁾ Schulden der Eigenbetriebe, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
- ⁸⁾ Haftungsverhältnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine Eventualverbindlichkeit begründen. Eventualverbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, aus der die Kommune nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt sie nicht ernsthaft rechnet, in Anspruch genommen werden kann. Die Vermerkplicht setzt voraus, dass die Eventualverbindlichkeiten betragsmäßig angegeben werden können. Sind diese quantifizierbar, so sind sie in Höhe der maximalen Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen zu vermerken. Die Risikoeinschätzung einer Zahlungsverpflichtung ist gesondert zu erläutern. Die Haftungsverhältnisse sind grundsätzlich nach Empfängerbereichen und Arten zu untergliedern. Weitergehende Erläuterungen können nach den örtlichen Verhältnissen geboten sein. Insbesondere empfiehlt es sich, bestellte Sicherheiten zugunsten der Kommune darzustellen. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllMBI S. 408).
- ⁹⁾ Bürgschaften für Förderungen können zusammengefasst dargestellt werden, die Risikoeinschätzung ist zu erläutern.
- ¹⁰⁾ Haftungsverhältnisse gegenüber Sondervermögen und verbundenen Unternehmen gesondert auszuweisen. Haftungsverhältnisse gegenüber Kommunalunternehmen sind gesondert anzugeben („Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen). Bürgschaften für den sonstigen privaten Bereich werden insbesondere für Vereine, aber auch für Privatpersonen vergeben (z.B. Alternative zu Mietkautionen).
- ¹¹⁾ Unter Nr. 2 sind insbesondere Gewährverträge und Sicherheiten zugunsten Dritter darzustellen.
- ¹²⁾ Unter Nr. 3 sind insbesondere mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Sondervermögen, verbundenen Unternehmen (hier Spezialfall Kommunalunternehmen als „Davon-Vermerk“) und Beteiligungen zu dokumentieren, soweit diese nicht in der Bilanz bereits als Rückstellung bzw. Verbindlichkeit auszuweisen sind.
- ¹³⁾ Verpflichtungsermächtigungen sind gesondert im Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik (Anlage 8) darzustellen.
- ¹⁴⁾ Anmerkung Stadt Nürnberg: Inklusive eines an SÖR gewährten Trägerdarlehens.
- ¹⁵⁾ Anmerkung Stadt Nürnberg: voraussichtlicher prognostizierter Stand zum 01.01.2016

J. Kurzzusammenfassung der wirtschaftlichen Lage ausgewählter Beteiligungen

Die Stadt Nürnberg erfüllt ihre vielfältigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht nur durch ihre klassischen Dienststellen der Stadtverwaltung. Einen nicht unerheblichen Teil der Aufgaben hat die Stadt Nürnberg auf Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Die wirtschaftliche Situation der ausgewählten Beteiligungen hat sich im Geschäftsjahr 2014 überwiegend positiv entwickelt. Die Nürnberg Messe GmbH erzielte mit 229 Mio. € den zweithöchsten Umsatz der Unternehmensgeschichte und auf Konzernebene einen Jahresüberschuss von 8 Mio. €. Das Klinikum Nürnberg schließt mit einem Jahresüberschuss von 1,86 Mio. € (Vorjahr: Jahresüberschuss von ca. 0,8 Mio. €) ab. Die Bilanzsumme der WBG Nürnberg Gruppe hat sich weiter erhöht. Das Eigenkapital ist ebenfalls gestiegen und hat damit den Wert des Unternehmens gesteigert. Die Noris Arbeit gGmbH ist nach einem umfangreichen Restrukturierungsprozess auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung, mit dem Ergebnis, dass die Stadt Nürnberg seit 2014 keinen Verlustausgleich zahlen muss. Bei der noris inklusion gemeinnützige GmbH erhöhte sich der Verlust im Jahresergebnis 2014 auf T€ -946 (Vorjahr T€ -528). Das negative Ergebnis relativiert sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass 2013 T€ 387 Erlöse aus Nachverhandlungen mit den Kostenträgern als periodenfremde Einmalzahlungen eingeflossen sind.

Das Jahresergebnis der Flughafen Nürnberg GmbH hat sich in 2014 aufgrund von Einmaleffekten im Vorjahresvergleich deutlich verschlechtert. Um die Ergebnisentwicklung nachhaltig zu verbessern und die Finanzierung zu sichern, wurde beginnend in 2013 ein Konzept erarbeitet, mit dem Ziel, eine nachhaltige Unternehmens- und Finanzierungsstruktur sicherzustellen. Dieses wurde mit der Erhöhung des Eigenkapitals um weitere 40,0 Mio. € bereits in wesentlichen Teilen umgesetzt. Damit wird die Grundlage für eine Entlastung der Flughafen Nürnberg GmbH von Kapitalkosten geschaffen. Zusammen mit den Effekten aus der Umsetzung der operativen Maßnahmen aus dem Konzept rechnet die Gesellschaft langfristig mit steigenden

Passagierzahlen, höheren Umsätzen durch Stärkung des Non Aviation Segments und deutlich verbesserten Jahresergebnissen auf Basis einer gesicherten Finanzierung.

Das Jahresergebnis 2014 der Städtische Werke Nürnberg GmbH mit einem Fehlbetrag von 5,3 Mio. € ist geprägt von den Ergebnisabführungen der N-ERGIE und der VAG. Aufgrund des schwierigen Marktumfeldes ist aber ein gutes Jahresergebnis erreicht worden. Aus Konzernholding-Sicht ist insgesamt bei den Beteiligungen in 2014 eine positive Entwicklung zu konstatieren. Diese Entwicklung hat auch einen unmittelbaren positiven Einfluss auf das Konzernergebnis und auf den städtischen Kernhaushalt.



Städtische Werke Nürnberg GmbH

Die StWN GmbH schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von 5,3 Mio. € ab. Damit lag das Jahresergebnis im Vergleich zu 2013 (Jahresfehlbetrag i.H.v. 5,1 Mio. €) in etwa auf gleichem Niveau. Gegenüber dem Wirtschaftsplan liegt das Jahresergebnis um 14,2 Mio. € besser als prognostiziert. Ursächlich hierfür sind vor allem Veränderungen in der Ergebnisabführung der N-ERGIE und der VAG.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Ergebnisabführung des N-ERGIE AG Teilkonzerns an die StWN GmbH noch einmal um 3,3 Mio. € auf 66,9 Mio. € (Vorjahr 63,6 Mio. €), gleichzeitig stieg der Zuschussbedarf der VAG nahezu korrespondierend von 66,8 Mio. € in 2013 auf rund 70 Mio. € in 2014.

Die Eigenkapitalquote auf Ebene der StWN GmbH ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,1 % auf 59,4 % gestiegen.

Für 2015 erwartet die StWN GmbH aufgrund des Veräußerungsgewinns aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen an der wbg Nürnberg GmbH einen deutlichen Jahresüberschuss. Mit Wirkung zum 01.01.2015 hatte die StWN GmbH 19,1 % ihrer Anteile an der wbg Nürnberg GmbH an die wbg Immohold GmbH & Co. KG, einer mittelbaren 100%-Tochtergesellschaft der Stadt Nürnberg, verkauft.

Selbstverständlich war auch in 2014 die Energiewende für die N-ERGIE AG weiterhin ein dominierendes Thema. Über die 100%ige Tochter N-ERGIE Regenerativ GmbH engagiert sich die N-ERGIE AG wie in den Vorjahren im Bereich der erneuerbaren Energien. Zusammen mit Partnern aus dem Stadtwerkeumfeld oder über Bürgerbeteiligungen hält die N-ERGIE Regenerativ GmbH Anteile an Gesellschaften, die Photovoltaik- und Windkraftanlagen betreiben. In Summe beträgt das Erzeugungsvolumen (installierte Leistung) der N-ERGIE Regenerativ GmbH aus erneuerbaren Energien mittlerweile rund 73,5 MW (Vorjahr: 64 MW).

Für die N-ERGIE AG hat sich gleichzeitig an der unbefriedigenden Situation für den Betrieb konventioneller Kraftwerke auch in 2014 nichts geändert. So konnte ein rentabler Betrieb der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH bei Weitem nicht erreicht werden. Das Kraftwerk wird fast ausschließlich nach Bedarf des Übertragungsnetzbetreibers TenneT für sogenannte Redispatch-Einsätze gefahren. Diese werden dafür im Rahmen eines bis März 2016 gültigen Vertrages vergütet. Aus den sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Risiken ergab sich bei der N-ERGIE AG in 2014 ein zusätzlicher Abwertungsbedarf der Beteiligung von 8 Mio. €.

Die N-ERGIE AG rechnet aktuell damit, dass die geplante Ergebnisabführung in 2015 erreicht werden kann.

Bei der zweiten wesentlichen Einheit des StWN-Konzerns, der VAG, hat sich in 2014 aufgrund der in Deutschland freundlichen wirtschaftlichen Gesamtsituation der Trend der Vorjahre im Wesentlichen fortgesetzt.

Die VAG beförderte im Jahr 2014 in Nürnberg, Fürth, Stein, Erlangen sowie in kleineren Nachbarorten rechnerisch 156,4 Mio. Personen. Wie bereits in den Vorjahren entschieden sich 22 % der Nürnberger bei der

Verkehrsmittelwahl für den ÖPNV. Die rechnerische Zahl der Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr (ÖV-Fahrten) sank damit leicht um 0,4 % von 157,04 Mio. auf 156,4 Mio. Personen.

Die eigenen Verkehrszählungen der VAG mithilfe automatischer Zählanlagen (U-Bahn) ergab für 2014 einen Fahrgastrückgang von 1,5 %.

Die Umsatzerlöse der VAG stiegen im Geschäftsjahr 2014 dennoch um 5,4 Mio. € oder 3,8 % auf 149 Mio. €. Die Steigerung resultierte im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung zum 01. Januar 2014. Die Verkehrserlöse inklusive Verkehrsnebenenerlöse erhöhten sich im Berichtsjahr um 3,8 % auf 122,1 Mio. €. Gleichzeitig stiegen die sonstigen Umsatzerlöse, bestehend aus der Vermietung von Reklameflächen, Abrechnungsaufträgen und periodenfremden Umsatzerlösen, um 2,3 Mio. €.

Im Zeitraum von 2015 bis 2019 ist die Anschaffung von 21 neuen U-Bahn Zügen (4-Wagen-Gliederzug) für den Betrieb der U-Bahn-Linie U 1 erforderlich. Die 21 neuen U-Bahn Züge dienen dem Ersatz der bislang eingesetzten Triebwagen, deren Weiterbetrieb aufgrund der hohen Lebensdauer nicht mehr wirtschaftlich ist. Die Finanzierung der Ersatzbeschaffung sowie weiterer notwendiger Investitionen stellt die VAG vor große Herausforderungen. Aufgrund rückläufiger öffentlicher Zuschüsse seitens des Freistaates Bayern, sind die Maßnahmen im dreistelligen Millionenbereich zu großen Teilen durch die VAG zu tragen.

Zur Unterstützung der Finanzierung der U-Bahn-Züge gewährt die Stadt Nürnberg eine städtische Bürgschaft in Höhe von bis zu 160 Mio. €.



Klinikum Nürnberg

Das Klinikum schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von rund 1,86 Mio. € (Vorjahr: Jahresüberschuss von rund 0,8 Mio. €) ab. Damit liegt das Jahresergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rund 1 Mio. € schlechter als geplant. Der Wirtschaftsplan 2014 hatte einen Jahresüberschuss in Höhe von 2,9 Mio. € ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2015 schließt der Erfolgsplan des Klinikums mit einem Jahresüberschuss von 2,26 Mio. € ab.

Eine große wirtschaftliche Herausforderung im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung stellt weiterhin die mittel- und langfristige Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit dar. Vor dem Hintergrund des investiv bedingten erheblichen Liquiditätsbedarfs der kommenden Jahre, zählt hierzu insbesondere, eine ausreichende Innenfinanzierung zu gewährleisten und den Fremdfinanzierungsbedarf auf ein tragfähiges Niveau zu begrenzen.

Um auch mittel- und langfristig finanziell handlungsfähig zu bleiben, ist die in der Vergangenheit angestrebte „Schwarze Null“ aufgrund der hohen eigenfinanzierten Investitionsbedarfe zukünftig nicht mehr ausreichend, um sicherzustellen, dass das Klinikum wirtschaftlich aus eigener Kraft seinen Versorgungsauftrag erfüllen kann.

Ende des ersten Quartals 2015 lässt sich aufgrund der deutlich gestiegenen durchschnittlichen Fallschwere, trotz einem leichten Rückgang der vollstationären Fallzahlen, eine positive Entwicklung des „Casemix“ (Summe der mit dem kaufmännischen Schweregrad gewichteten Behandlungsfälle) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum feststellen. Der abgerechnete Casemix, vor Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, erhöhte sich um 2,4 %.

Der Landesbasisfallwert wurde 2014 gegenüber dem Vorjahr um rund 3,2 % erhöht und entspricht in etwa den erwarteten Steigerungsraten der Personal- und Sachkosten. Des Weiteren wurde 2014 ganzjährig der im August 2013 eingeführte Versorgungszuschlag fortgeführt. Bereits für 2015 bleibt Landesbasisfallwert, als wichtigste Berechnungsgrundlage der abgerechneten Leistungen, mit einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um rund 2,1 % hinter der Kostenentwicklung zurück und kann die verhandelten Tarifsteigerungen nicht kompensieren.

Das bedeutet, dass das Klinikum - trotz der zunächst positiven Ausgangslage für 2014 - bereits im laufenden Jahr Maßnahmen einleiten muss, um dem ggf. erneuten Auseinanderlaufen der Entgeltentwicklung und der allgemeinen Kostensteigerung im Jahr 2015 entgegenzuwirken.



Flughafen Nürnberg GmbH

Am Flughafen Nürnberg wurden im zurückliegenden Geschäftsjahr 3,26 Mio. Passagiere abgefertigt. Dies entspricht zwar einem leichten Rückgang um 1,6 %, dennoch blickt die Flughafen Nürnberg GmbH positiv auf 2014 zurück, da es gelungen ist, den strukturellen Einschnitt durch den Wegfall des Air Berlin-Drehkreuzes, der bis Mai 2014 voll zum Tragen kam, im Jahresverlauf abzubauen. Das Lokalaufkommen legte in 2014 deutlich um 5,4 % zu.

Air Berlin blieb trotz dieser Entwicklung mit einem Marktanteil von 34 % stärkste Airline, Platz zwei belegte Lufthansa/Germanwings mit 20 %. Im Linienverkehr wurden 2014 insgesamt 2,1 Millionen Fluggäste gezählt. Das entspricht einem Rückgang um 1,3 %, hervorgerufen durch das geringere Angebot der Air Berlin und dem Angebotsabbau der Ryanair.

Als neue Airline konnte WizzAir gewonnen werden. Diese Flüge waren mit knapp 80 % vom Start weg gut ausgelastet, was für das deutliche Potenzial der Metropolregion Nürnberg im preissensiblen Verkehr nach Osteuropa spricht. Im Touristikverkehr konnten ab Juni vor allem dank des erhöhten Engagements von TUIfly (plus 65 %) und SunExpress deutliche Wachstumsraten bei den Passagierzahlen erzielt werden.

Der Konzern erwirtschaftete in 2014 Erträge in Höhe von knapp 94 Mio. € und damit deutlich mehr als geplant. Diese erfreuliche Entwicklung resultiert aus Verbesserungen des operativen Geschäfts, auch die Umsätze der Töchter AirPart und der FNSG wuchsen. Das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis war nahezu 5 Mio. € besser als in der Planung für 2014 angenommen und eine halbe Mio. € besser als das Vorjahr. Das Jahresergebnis 2014 ist jedoch von einer Reihe von Einmaleffekten geprägt, hervorgerufen durch die Umsetzung struktureller Maßnahmen zur Zukunftssicherung.

Diese Einmaleffekte, die in Summe rund 16,1 Mio. € ausmachen, führen zu einem Jahresfehlbetrag von 19,4 Mio. €. Hierunter fallen Kosten der Restrukturierung der Finanzierung, die in 2015 umgesetzt wird, Maßnahmen der Personalkostenoptimierung sowie eine Rückstellung zur Beseitigung von Rückständen des Schadstoffs PFC in Höhe von 10,0 Mio. €.

Für das Jahr 2015 rechnet die Gesellschaft auf Basis des genehmigten Wirtschaftsplans mit moderat steigenden Verkehrszahlen bei den Passagieren (+1,8 %), rückläufigen Startgewichten (-4,8 %) und Abfertigungen (-0,7 %). Diese Planung berücksichtigt die neuen Verbindungen der WIZZ-Air sowie die von Air Berlin seit dem Winterflugplan 2014/2015 an einem Flugtag wieder angebotenen Umsteigeverbindungen. Weitere Passagierzuwächse resultieren aus den zusätzlichen Frequenzen der Sun Express nach Nordafrika und den Kapazitätserweiterungen von KLM und Air France. Demgegenüber fallen einzelne Verbindungen der Ryanair und der City Jet in 2015 weg. Auf der Strecke nach Zürich wird ein kleineres Flugzeug zum Einsatz kommen.

Zum Ende des ersten Halbjahres 2015 zeichnet sich eine im Vergleich zur Planung positive Entwicklung ab. Die Luftverkehrserlöse des Konzerns lagen im Juni kumuliert um 1.309 T€ (+5 %) über den Planwerten. Die Anzahl der erlösrelevanten Einsteiger übertraf die Erwartungen um 3,4 %.

In 2015 wird zudem mit einem deutlichen Rückgang der Aufwendungen um rd. 21,3 % gerechnet.

Die geschilderten im Jahresabschluss 2014 enthaltenen Einmaleffekte entfallen und werden in 2015 das Jahresergebnis nicht mehr belasten. Zudem soll ab 2015 die Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Ertragsverbesserung zu Buche schlagen. Geplant ist eine neue Flächenallokation im Terminal mit der Schaffung eines zentralen Reisemarktes. Die hierfür anfallenden Aufwendungen erhöhen zunächst den Aufwand um rd. 1,0 Mio. €. Höhere Aufwendungen sind darüber hinaus vorgesehen für die Umsetzung des neuen Markenauftritts und der Namensänderung in Albrecht Dürer Airport Nürnberg.

Insgesamt liegen die Aufwendungen im Geschäftsjahr 2015 um rd. 17,5 Mio. € unter denen des Geschäftsjahres 2014. Für das Geschäftsjahr 2015 wird laut Wirtschaftsplan damit ein Jahresfehlbetrag in Höhe von nur noch 3,8 Mio. € erwartet. Die Hochrechnung zum Halbjahr lässt hier noch einmal eine leichte Verbesserung erwarten.

Das Marktumfeld der Flughafen Nürnberg GmbH befindet sich aktuell aber weiterhin in einer dramatischen Veränderung mit zunehmender Marktbereinigung. Sparprogramme der wichtigsten Airlines mit erheblichen Kapazitätsreduzierungen und Konzentration auf große Flughäfen sowie Marktaustritte, vor allem bei Regionalairlines, führen zu einem anhaltend schwierigen Marktumfeld für mittlere und kleinere Flughäfen.

Die Stadt Nürnberg und der Freistaat Bayern als Gesellschafter der Flughafen Nürnberg GmbH haben daher verschiedene Maßnahmen ergriffen, mit dem Ziel, die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens zu schaffen. Die Maßnahmen sollen die Kapitalausstattung des Flughafens verbessern, auf der Kostenseite für Einsparungen sorgen und gleichzeitig auf der Marktseite wieder positive Entwicklungen ermöglichen.

Die Gesellschafter haben bereits Ende 2011 beschlossen, Bareinlagen im Gesamtvolumen von 40 Mio. € an die Flughafen Nürnberg GmbH zu leisten, um damit die Kapitalausstattung des Flughafens zu verbessern. Die Zuführung der Bareinlage ist paritätisch erfolgt, d.h. zu gleichen Teilen durch den Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg. Die letzte Teiltranche aus diesem Paket wurde von den Gesellschaftern 2015 geleistet.

Um die Ergebnisentwicklung nachhaltig zu verbessern und die Finanzierung zu sichern, hat der Flughafen Nürnberg in 2013 darüber hinaus in Zusammenarbeit mit einer externen Beratungsgesellschaft ein Konzept erarbeitet mit dem Ziel, eine nachhaltige Unternehmens- und Finanzierungsstruktur sicherzustellen.

Zur Sicherstellung einer stabilen Finanzierungsstruktur der Flughafen Nürnberg GmbH sind im Ergebnis als Gesamtpaket mit den, zu einem großen Teil bereits umgesetzten, Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen der Flughafen Nürnberg GmbH sowie den Beiträgen der Belegschaft des Flughafens, auch weitere Gesellschafterleistungen in Form von Kapitalzuführungen und der Gewährung von Darlehen erforderlich. Die Umsetzung der in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen Maßnahmen ist bereits eingeleitet und zum Teil bereits erfolgt.

Als eine wesentliche Maßnahme haben die Gesellschafter der Flughafen Nürnberg GmbH in 2015 das Eigenkapital um weitere 40,0 Mio. € erhöht. Die Bareinlagen wurden hälftig vom Freistaat Bayern und der Stadt Nürnberg getragen. Hinzu kommt die Gewährung von Fremdkapital zu marktüblichen Bedingungen. Der Freistaat Bayern wird hierzu ein langfristiges Gesellschafterdarlehen in Höhe von 20 Mio. € gewähren. Die Stadt Nürnberg erweitert die Kreditlinie des bereits bestehenden Betriebsmittelkredites bei der Stadtkasse um 10 Mio. €.

Die Mittel werden zur Rückzahlung von Bankdarlehen verwendet werden. Damit wird die Grundlage für eine Entlastung der Flughafen Nürnberg GmbH von Kapitalkosten geschaffen. Zusammen mit den Effekten aus der Umsetzung der operativen Maßnahmen aus dem Konzept rechnet die Gesellschaft langfristig mit steigenden Passagierzahlen, höheren Umsätzen durch Stärkung des Non Aviation Segments und deutlich verbesserten Jahresergebnissen auf Basis einer gesicherten Finanzierung.



wbg Nürnberg GmbH

In 2014 erzielte die Unternehmensgruppe einen Jahresüberschuss von rund 14,8 Mio. € (Vorjahr 12,4 Mio. €). Der Jahresüberschuss der wbg Nürnberg GmbH lag bei 14,9 Mio. € (Vorjahr 12,3 Mio. €).

Die Bilanzsumme der WBG Nürnberg Gruppe hat sich von 521,5 Mio. € im Vorjahr auf rund 534,8 Mio. € erhöht. Das Eigenkapital ist auf 191,8 Mio. € (Vorjahr 176,5 Mio. €) gestiegen und hat damit erneut den Wert des Unternehmens gesteigert.

Die Ertragssituation hat sich damit erfreulich positiv entwickelt, auch wenn die Unternehmensgruppe nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist.

Die Durchschnittsmiete aller wbg-eigenen Wohnungen stieg pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat um 0,14 € auf 5,70 €, die der Unternehmensgruppe um 0,15 € auf 5,79 €. Dieser Wert liegt weiterhin deutlich unter dem Mittelwert des aktuellen Nürnberger Mietenspiegels. Gerade hier wird deutlich, dass die wbg dämpfend auf die Mietpreisentwicklung in Nürnberg einwirkt und eine sehr verantwortungsvolle Mietpreispolitik umsetzt, die nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern den satzungsmäßigen Auftrag der wbg Nürnberg GmbH ernst nimmt.

Dies zeigt auch das hohe Niveau der Instandhaltungsausgaben für den Wohnungsbestand. Die wbg-Unternehmensgruppe hatte 2014 Ausgaben für laufende Instandhaltung und Modernisierung in Höhe von 35,2 Mio. € (Vorjahr 29,3 Mio. €).

Eine zentrale Aufgabe in den nächsten Jahren ist die weitere Entlastung des Wohnungsmarktes durch die verstärkte Neubautätigkeit. Hierzu sollen rund 1.000 Wohneinheiten neu errichtet werden, etwa hälftig im Bereich des Mietwohnungsbaus und des Wohneigentums.

Die wbg Nürnberg GmbH rechnet aktuell damit, dass das geplante Jahresergebnis in 2015 (Jahresüberschuss i.H.v. 10,8 Mio. €) erreicht werden kann.

Mit Vertrag vom 11.12.2014 wurde die wbg ImmoHold GmbH & Co. KG gegründet. Komplementär der Gesellschaft ist die wbg ImmoHold Verwaltungs-GmbH, eine 100%-Tochtergesellschaft der Stadt Nürnberg, alleinige Kommanditistin ist die wbg Nürnberg GmbH. Die Gesellschaft hat mit Wirkung für das Geschäftsjahr 2015 Geschäftsanteile an der wbg Nürnberg GmbH in Höhe von 19,1 % von der StWN GmbH erworben mit der Zielsetzung, die Anteile langfristig zu halten.



NürnbergMesse GmbH

Die NürnbergMesse (Konzern) erzielte 2014 einen Umsatz von 229 Mio. € und blickt damit trotz des turnusmäßigen Aussetzens der Fachmesse FachPack auf den zweithöchsten Umsatz in der Unternehmensgeschichte zurück.

Eigen- und Partnerveranstaltungen im Inland erreichten einen Umsatz von 93,2 Mio. €, Gastveranstaltungen 41,8 Mio. € und das NCC NürnbergConvention Center 11,5 Mio. €.

Der Umsatz des MesseService (einschließlich der Holtmann GmbH & Co. KG) lag bei 61,5 Mio. € und der Umsatz im Bereich International bei 20,7 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Umsatzanstieg von 36 Mio. €, dies entspricht 19 %. Gegenüber dem turnusgemäß besser vergleichbaren Rekordjahr 2012, in dem allerdings die FachPack stattfand, sinkt der Umsatz nur leicht um 3 %.

Nach Veranstaltungsaufwendungen, Personalaufwendungen, Abschreibungen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen, Bestandsveränderungen und zuzüglich

den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie dem Beteiligungsergebnis erzielte die NürnbergMesse Group ein operatives Ergebnis von 16,8 Mio. € (2013: 32 Tsd. €) und ein Ergebnis vor Steuern von 11,7 Mio. € (2013: -4,0 Mio. €).

Das Konzernergebnis 2014 hat sich mit einem Jahresüberschuss von rund 8 Mio. € im Vergleich zum turnusgemäß schwächeren Vorjahr 2013 (Jahresfehlbetrag von -5,3 Mio. €) deutlich verbessert.

2014 nahmen 29.171 Aussteller (2012: 29.449) und 1,32 Mio. Besucher (2012: 1,36 Mio.) an 151 Veranstaltungen (2012: 170) der NürnbergMesse Group teil. Insgesamt wurden 2014 rund 993.000 m² Nettofläche (2012: 990.000 m²) bei Veranstaltungen der NürnbergMesse Group gebucht, was eine neue absolute Bestmarke darstellt.

Im Marktsegment der »internationalen Fachmessen« wuchs die NürnbergMesse deutlich stärker als der deutsche Markt: Mit 3 % mehr Ausstellern, 7 % mehr Fachbesuchern und weiteren 7 % Zuwachs bei der Ausstellerfläche, jeweils gegenüber der Vorveranstaltung, liegt die Entwicklung der wesentlichen Messe-Kennzahlen bei der NürnbergMesse deutlich über dem Branchentrend.

Für das laufende Geschäftsjahr zeigt sich zum 1. Halbjahr eine leicht überplanmäßige Entwicklung. Für das Jahresergebnis wird eine leichte Verbesserung gegenüber den Planwerten des Wirtschaftsplans 2015 erwartet.



Noris Arbeit gGmbH

Der laufende Restrukturierungsprozess wurde im Geschäftsjahr 2014 planmäßig abgeschlossen. Der Personalbestand hat sich im Rahmen dieser Restrukturierung deutlich verkleinert und die Verwaltungsstrukturen deutlich verschlankt. Die Organisation wurde an die neuen Gegebenheiten angepasst.

In 2014 erwartet die NOA - zum zweiten Mal seit 1991 - ein positives Unternehmensergebnis. Der Jahresüber-

schuss in Höhe von etwa 880.000 € ist deutlich durch Sondereffekte geprägt. So konnten noch unerwartete Finanzmittel aus Projektzusammenhängen in Höhe von ca. 206.400 € vereinnahmt werden.

Des Weiteren konnte die NOA im Rahmen der Betriebsprüfungen 2005 bis 2007 und 2008 bis 2011 die seit Jahren existierende Problematik der steuerlichen Behandlung in Absprache mit den Finanzbehörden größtenteils klären. Folglich konnten Steuerrückstellungen aufgelöst und zu viel bezahlte Steuern angefordert werden. In 2014 betrug der positive Effekt aus der Auflösung von Rückstellungen 392.500 €. Operativ erwirtschaftete die NOA somit ein Ergebnis von ca. 281.000 €.

Für 2015 erwartet die NOA ebenfalls ein positives Unternehmensergebnis. Nach einer geplanten „schwarzen Null“ wird das tatsächliche Unternehmensergebnis den Planwert aufgrund von wirtschaftlichem Handeln im operativen Geschäft sowie gestiegenem Kostenbewusstsein deutlich überschreiten. Aus den Vereinbarungen zum Abschluss der Betriebsprüfungen ist zudem noch eine einmalige Steuerrückerstattung zu erwarten.

Die Auftragslage und die Personalauslastung sind aktuell zufriedenstellend. Mit den Aufträgen ErFolG, Produktionsorientierte Tätigkeiten, Perspektiven im Quartier, Focus Arbeit und Armln konnte die NOA in 2015 gute Ergebnisse in der Akquise von Aufträgen erzielen.

Die Auftragsakquise wird für die Geschäftsleitung – auch aufgrund der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Personalkosten – eine wichtige Aufgabe bleiben.



noris inklusion gemeinnützige GmbH

(vormals: Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH)

Im Geschäftsjahr 2014 konnten einige wichtige grundlegende Weichenstellungen vorgenommen werden, die sich positiv ausgewirkt haben. Die Refinanzierung im Bereich Wohnen konnte durch Abschluss neuer Verträge verbessert werden. Leider wurde dieser Erfolg durch die zyklische Schwankung der Beschäftigtenzahlen in den Bereichen Arbeit und Bildung, welche einen Rückgang der Refinanzierung nach sich zog, relativiert. Die Entwicklung der Umsätze im Arbeitsbereich hat sich um gut 7,5 % reduziert, was zu zwei Drittel durch eine geplante Fertigungsumstellung verursacht war.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag zum 31.12.2014 bei T€ -927 (Vorjahr T€ -510) und in Folge erhöhte sich der Verlust im Jahresergebnis auf T€ -946 (Vorjahr T€ -528). Das negative Ergebnis relativiert sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass 2013 T€ 387 Erlöse aus Nachverhandlungen mit den Kostenträgern als periodenfremde Einmalzahlungen eingeflossen sind.

Das Geschäftsfeld Wohnen ist mit zwei Wohnheimen mit 90 Plätzen sowie 105 Plätzen im Ambulant Betreuten Wohnen gut ausgelastet. Mit dem Sozialhilfeträger konnte zum 01.03.2014 endlich eine neue Vereinbarung für das Wohnheim Montessoristrasse unterzeichnet werden, mit der das strukturelle Defizit auch langfristig gedeckt wird.

Im Arbeitsbereich sind die Entgelteinnahmen in 2014, verglichen mit 2013, um T€ 265 gesunken. Das Ergebnis im Arbeitsbereich lag mit einem Rohertrag von T€ 2.182 um T€ 205 unter dem des Vorjahres (T€ 2.387).

κ. Zusammenfassung und Ausblick

Ob im Privathaushalt oder im Haushalt einer Stadt wie Nürnberg, es gibt immer zwei wesentliche Herausforderungen: Einerseits die laufenden Ausgaben bezahlen und zweitens darüber hinaus Mittel übrig zu haben, größere Anschaffungen finanzieren zu können. Im Privathaushalt sind es Dinge wie einen neuen Fernseher oder ein neues Auto, im Stadthaushalt bedeutet dies Sanierung und Neubau von Schulen, Horten, Brücken, Kulturbauten, Feuerwehrhäusern und vielem mehr.

Die Zahlen des Haushaltsplans 2016 verdeutlichen einmal mehr, dass es uns in Nürnberg mit wenigen Ausnahmen gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, das heißt alle laufenden Ausgaben zu decken und prinzipiell die Abschreibungen unseres Vermögensbestandes zu erwirtschaften. Gerade letzteres ist deswegen wichtig, weil es bedeutet, dass wir grundsätzlich in der Lage sind, unseren aktuellen Infrastrukturbestand zu erhalten.

Was uns mit allen Kräften fordert, ist, über den normalen Substanzerhalt komplett neue Schul- oder Brückenersatzbauten ohne staatliche Förderung, den notwendigen Hortausbau innerhalb weniger Jahre oder eine Ausweichspielstätte für das zu sanierende Opernhaus zu finanzieren. Dabei ist die Dimension der Herausforderung nur durch das zeitliche Zusammenkommen vieler Bedarfe in einem Zeitraum von 10 Jahren zu erklären.

Dabei wird schnell klar, dass die Antwort auf die Frage, ist es besser, jetzt zu investieren und dafür langfristige Kredite aufzunehmen oder lieber zurückzustellen, um künftige Generationen nicht noch weiter zu belasten, nicht einfach ist. Sind es doch die Investitionen in Bildung und Infrastruktur, die unsere Stadt lebenswert auch für zukünftige Generationen machen.

Es erscheint daher angemessen und notwendig, jetzt in die Realisierung zu gehen und dafür auch die notwendigen Finanzierungsgrundlagen zu schaffen. Je früher die richtigen Weichen gestellt werden, umso besser ist die Stadt im nächsten Jahrzehnt in der Lage, die beschriebenen Herausforderungen zu bewältigen. Der Stadthaushalt 2016 ist hier erst der erste Schritt, weitere müssen folgen.

Nürnberg, im Dezember 2015

A handwritten signature in black ink, consisting of two distinct parts: a stylized 'H' followed by a more fluid, cursive-like name.

Harald Riedel, Stadtkämmerer Nürnberg